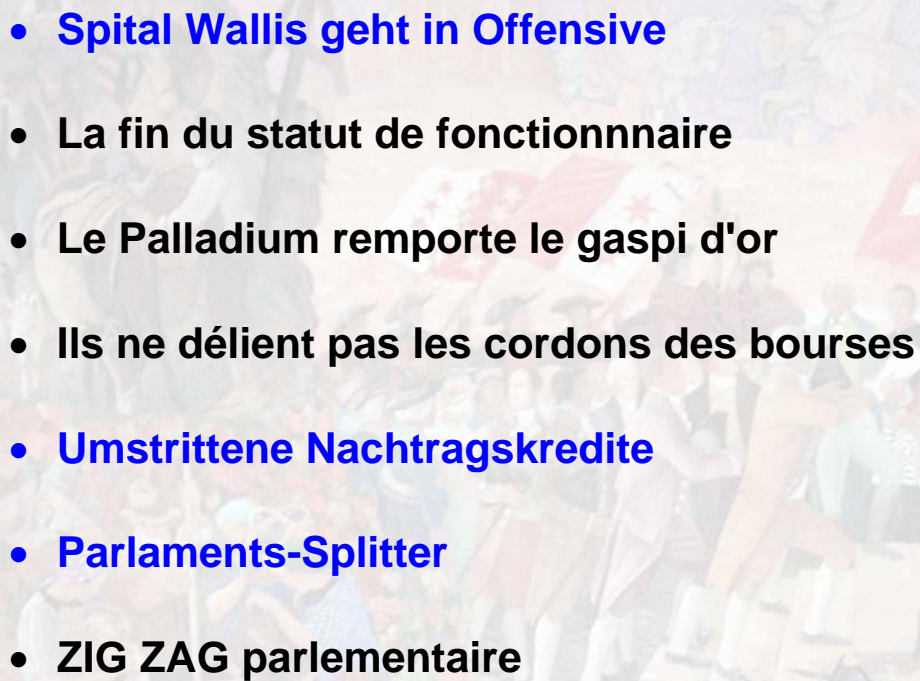




- 
- **Spital Wallis geht in Offensive**
  - **La fin du statut de fonctionnaire**
  - **Le Palladium remporte le gaspi d'or**
  - **Ils ne délient pas les cordons des bourses**
  - **Umstrittene Nachtragskredite**
  - **Parlaments-Splitter**
  - **ZIG ZAG parlementaire**

# Spital Wallis geht in Offensive

*Gesundheitsnetz Wallis: Vorwürfe zurückgewiesen – rechtliche Schritte vorbehalten*

**S i t t e n.** – (wb) Das Spital Wallis hat gestern Mittwoch anlässlich einer Medienkonferenz auf die Anschuldigungen von Serge Sierro, Jean-Claude Pont und dem ehemaligen Kaderarzt Daniel Savioz mit Vehemenz reagiert.

Das Spital Wallis müsse den Vergleich mit den grossen Schweizer Spitälern nicht scheuen, erklärten die Spitalvertreter. Dass es aufgrund der Restrukturierung zu Problemen kommen könne, sei zwar logisch. Diese hätten aber nichts mit den von den Kritikern gemachten Vorwürfen zu tun. Die gestern präsentierten Statistiken stellen dem Gesundheitsnetz Wallis (GNW) ein gutes Zeugnis aus.

Gegen Daniel Savioz, der die Polemik ins Rollen gebracht hatte, wurde wegen Verletzung des Datenschutzes und des Berufsgeheimnisses Anzeige erstattet. Das GNW behält sich auch rechtliche Schritte gegen Sierro und Pont vor. Mehr zur Spitaldebatte auf **Seite 3**



*Im Spital Sitten hat das Gesundheitsnetz Wallis gestern mit Vehemenz auf die in den Medien kursierende Kritik reagiert.*

# Spital Wallis weist Vorwürfe zurück

Und behält sich rechtliche Schritte gegen Serge Sierro und Jean-Claude Pont vor

**Sitten.** – Das Spital Wallis hat gestern auf die Anschuldigungen verschiedener Kritiker reagiert. Mit Vehemenz.

Gegen den ehemaligen Kaderarzt Daniel Savioz, der die Polemik ins Rollen gebracht hatte, wurde wegen Verletzung des Datenschutzes und Berufsgeheimnisses Anzeige erstattet. Der ehemalige Kaderarzt Savioz hatte Anfang Jahr die medizinischen Leistungen des Spitals kritisiert und dabei auch von Ex-FDP-Staatsrat Serge Sierro und dem emeritierten Geschichtsprofessor Jean-Claude Pont Unterstützung erhalten. Daher behalte man sich auch rechtliche Schritte gegen Sierro und Pont vor, sagte Dietmar Michlig, Generaldirektor des Spitals Wallis, gegenüber dem «Walliser Boten» (siehe Interview).

**«Sind nicht unfehlbar»**

Das Spital Wallis müsse den Vergleich mit den grossen Schweizer Spitälern nicht scheuen, auch wenn man eine umfangreiche Restrukturierung eingeleitet habe, erklärten die Spitalvertreter gestern vor den Medien. Die Restrukturierung des Spitals Wallis betreffe 450 Ärzte, 1600 Pflegepersonen 37 500 Patientinnen und Patienten sowie 317 000 ambulante Behandlungen jährlich, sagte Verwaltungsratspräsident Raymond Pernet. Diese Spitalreform erfolgte nicht ohne Konsequenzen. Mehrere Ärzte haben das Spital Wallis verlassen. «Um auseinandergerissene Equipen in neuen Teams wieder zu vereinen, braucht es Zeit», betonte Pernet. Dass es dabei zu Problemen komme, sei logisch. Diese hätten aber nichts mit den von den Kritikern gemachten Vorwürfen zu tun. «In sechs Jahren haben wir das umgesetzt, wofür andere Kantone 20 Jahre gebraucht haben», berichtete Pernet. Man werde auch die Weiterentwicklung des GNW mit kritischem Geist bewerkstelligen. «Zu keinem Zeitpunkt denken wir aber, dass wir unfehlbar sind», so Pernet. Aber



Das Spital Wallis hat gestern die massive Kritik von Serge Sierro und Jean-Claude Pont zurückgewiesen. Trotzdem will man für Durchblick sorgen. Das Audit sei erwünscht und werde erwartet, so die Verantwortlichen.

Fotos wb

dass man das Gesundheitsnetz Wallis in Bereichen angreife, in welchen man erwiesenermassen mit den besten Spitälern mithalten könne, sei völlig haltlos. «Wir benötigen unsere ganze Kraft, um auf die künftigen Herausforderungen reagieren zu können, damit wir im Wallis eine Qualitätsmedizin beibehalten können.»

**«Näher» an Genf**

Wie gestern weiter kommuniziert wurde, will man den Konzentrationsprozess innerhalb des Spitals Wallis weiter vorantreiben – vor allem im Mittelwallis. «Jene, die denken, die Walliser Spitäler sollten sich mit der Basismedizin begnügen und die spezialisierte Medizin an die benachbarten Universitätsspitaler auslagern, verkennen die Walliser Realität», argumentierten die Spitalverant-

wortlichen. Wenn man sich auf die letzten Statistiken und Qualitätskriterien berufe, könne man sich heute ohne Komplexe mit den grossen Universitätsspitalern vergleichen. «Sogar mit verschiedensten Vorteilen», so Verwaltungsratspräsident Pernet. Ein wichtiger Unterschied zu den Universitätsspitalern bestehe im Bereich der Spitzenmedizin (z.B. Transplantationen, grossflächige Verbrennungen, Protonentherapie). Zwischen dem Gesundheitsnetz Wallis (GNW) und den Universitätsspitalern bestehen daher zahlreiche Konventionen, in welchen die Zusammenarbeit in diesen Bereichen geregelt ist, etwa in der Kardiologie, der Herzchirurgie oder der Thoraxchirurgie. «Hier gilt es anzumerken, dass entgegen einiger Ideen, welche das Spital Wallis unter die Ägide von Lausanne



Verwaltungsratspräsident Raymond Pernet: «Zu keinem Zeitpunkt denken wir, dass wir unfehlbar sind.»

stellen, das Spital Wallis die meisten Konventionen mit dem Universitätsspital Genf unterhält», versicherte Pernet.

**Keine Angst vor Audit**

Der Grosse Rat sich in der letzten Session für eine unabhängige Qualitätsprüfung ausgesprochen. «Wir haben dieses Audit gegenüber den Behörden bereits im April gewünscht», erläuterte Generaldirektor Michlig. Man habe keine Angst vor der Untersuchung. «Im Gegenteil. Wir werden uns kooperativ zeigen und erwarten wertvolle Resultate.»

Das Spital Wallis hat gestern zwar spät, aber mit Vehemenz gegen die Kritik reagiert. Wieso so spät? «Wir wollten nicht konkret reagieren, als der Mediensturm im Gange war, welcher sich gegen uns gewandt hat. Wir haben uns die Zeit zur

## KOMMENTAR

### Zweifelhaft

Was soll man davon halten, wenn Experten sich uneins sind? Eine schwierige Frage. Sicher ist nur: Als Laie steht man im oftmals luftleeren Raum.

Gestern präsentierte das Spital Wallis Zahlen, die der Institution gute Noten attestieren. Demgegenüber stehen etwa Aussagen von Philippe Morel, Chef der Viszeralchirurgie am Genfer Universitätsspital. Nach genauerer Überprüfung der Dossiers habe er «sehr grosse Zweifel» betreffend der Qualität in gewissen Bereichen des GNW, sagte Morel.

Wo kontrovers diskutiert wird, ist es einerseits wahrscheinlich, dass es wunde Punkte gibt. Zum Zweiten ist es aber genauso naheliegend, dass persönliche Interessen hinter den Zahlen und Statistiken stecken – vor allem wenn man bedenkt, dass sich mit der freien Spitalwahl ab 2012 der Wettbewerb unter den Spitälern markant verschärfen wird. Die vom Grosse Rat beschlossene Qualitätsprüfung muss daher so rasch als möglich durchgeführt werden. Zum Wohl der Patienten. Und des Spitals Wallis.

Armin Bregy

Reflexion genommen – auch, um unsere Argumente zu überlegen, um so objektiv wie möglich die Debatte auf ein anderes Niveau zu bringen. Denn alles, was dahintersteckt, ist die Qualität des Gesundheitswesens im Wallis», sagte Pernet. An der gestrigen Medienorientierung waren elf Personen des Gesundheitsnetzes Wallis anwesend. Doch es gab zwei prominente Abwesende: Gesundheitsminister Maurice Tornay und Kantonsarzt Georges Dupuis. bra

# «Wir haben eine tiefe Sterberate»

Dietmar Michlig, Generaldirektor des Spitals Wallis, kontert Angriffe und Anschuldigungen

**Wallis.** – In den letzten Wochen und Monaten wurde das Gesundheitsnetz Wallis (GNW) von Serge Sierro und Jean-Claude Pont hart kritisiert. Gestern konterte Dietmar Michlig, Direktor des GNW.

**WB:** Verschiedene Vorwürfe wurden im Laufe der Kontroverse um das GNW publik. Zum Beispiel wurde die Mortalitätsrate als zu hoch bezeichnet.

**Dietmar Michlig:** «Die Mortalitätsrate, also die Anzahl der Todesfälle im Vergleich zu der Gesamtzahl an Hospitalisationen, betrug im Spitalzentrum Mittelwallis im Jahre 2006 2,05% und im Jahr 2007 1,89%. Diese Rate ist sehr tief und vergleichbar mit der Mehrheit der anderen Spitäler in der Schweiz. Die Vergleiche des Bundesamtes für Gesundheit zeigen, dass sich das Spitalzentrum Mittelwallis diesbezüglich im Mittelfeld befindet.»

**Auch der Notfalldienst der Kardiologie im Spitalzentrum Mittelwallis wurde kritisiert?**

«Der Anteil der Todesfälle in-

folge eines Herzinfarktes in den Spitälern des Spitalzentrums Mittelwallis lag im Jahr 2006 bei 3,6% – was deutlich unter dem Durchschnitt der ganzen Schweizer Spitäler liegt (6%). Das BAG weist für das Universitätsspital Genf (HUG) einen Wert von 7,2% aus, für das Universitätsspital Lausanne einen von 4% sowie für das Inselspital Bern 3,5%.»

**In den letzten Jahren haben 40 Ärzte in leitenden Funktionen das GNW verlassen. Das zeigt doch, dass es Probleme innerhalb des GNW gibt.**

«Die letzten Jahre zeigten eine höhere Fluktuation bei den Kaderärzten. Zum einen sind diese Abgänge natürlicher Art, also Pensionierungen, Abgänge aus gesundheitlichen Gründen oder Beförderungen. Andere Abgänge begründen sich durch die Neuverteilung der Disziplinen, die Neubildung von medizinischen Teams, die Arbeit an mehreren Standorten sowie die Einführung des Tarmed-Systems. Im Jahre 2009 arbeiteten 191 Kaderärzte im GNW. Davon haben uns zehn verlassen.»

**Die Mitarbeitenden des GNW**

**dürfen keine Kritik äussern, ansonsten sie mit Konsequenzen rechnen müssen.**

«Das stimmt so nicht. Bis heute musste noch kein Mitarbei-

tender Sanktionen erleiden, weil er sich gegenüber seinen Vorgesetzten, seiner Direktion oder gegenüber den Gewerkschaften geäussert hat.»



Dietmar Michlig, Generaldirektor des Spitals Wallis: «Bis heute musste noch kein Mitarbeitender Sanktionen erleiden, weil er sich gegenüber seinen Vorgesetzten, seiner Direktion oder gegenüber den Gewerkschaften geäussert hat.»

Foto wb

**Was sagen Sie zur Kritik an den Führungsstrukturen innerhalb des GNW? Diese wurden als autoritär bezeichnet.**

«Eine Unternehmensstruktur mit mehreren Führungsstufen bedeutet nicht, dass sie autoritär ist. Im Gegenteil. Die medizinischen Entscheidungen werden immer gemeinsam mit den Departementschefs und den Abteilungschefs gefällt. Wie sonst könnte man Führungsfunktionen an die medizinischen Kader übertragen, wenn sie in ihrem Verantwortungsbereich nicht mitentscheiden könnten, in welche Richtung sich ihr Departement bzw. ihre Abteilung entwickelt?»

**Die letzten Jahre zeigten eine höhere Fluktuation**

**Sie weisen also die Kritik von Serge Sierro und Jean-Claude Pont vollumfänglich zurück. Steckt in den verschiedensten Berichten und Publikationen, in denen das**

**GNW kritisiert wurde, wirklich kein Körnchen Wahrheit?**

«Natürlich gibt es verschiedene Punkte, die verbesserungswürdig sind. So müssen wir unsere Infrastrukturen laufend anpassen und erneuern. Wir sind uns auch bewusst, dass die vielen Standorte uns eine gewisse Anzahl an Problemen schaffen. Die Spitalplanung und die Strategie des GNW sehen vor, diese Nachteile durch die Verteilung der Disziplinen auf mehrere Standorte Schritt für Schritt zu beseitigen, indem die Konzentration und die Zentralisierung verstärkt werden. Dabei müssen wir auch dafür sorgen, dass die Sprachkompetenzen in den einzelnen Abteilungen gewährleistet sind.»

**Müssen Serge Sierro, Jean-Claude Pont und Dr. Daniel Savioz aufgrund der offenen Kritik am GNW mit rechtlichen Konsequenzen rechnen?**

«Gegen Daniel Savioz haben wir eine Strafanzeige hinterlegt. In Bezug auf Serge Sierro und Jean-Claude Pont behalten wir uns rechtliche Schritte vor.»

bra

## Ärzte ohne Grenzen

*Es gibt Länder auf dieser Erde, da leben Journalisten gefährlich. Und es gibt Länder, da ist dies nicht der Fall. Wie in der Schweiz.*



**Armin Bregy (bra)**  
a.bregy@walliserbote.ch

*Erkämpfen sich Kollegen im Ausland ihre Storys in der Wildnis oder an der Front, geht man in der Schweiz an eine Pressekonferenz. Die Abenteurer-Reporter kommen braun gebrannt, übersät mit Kratzern und Schrammen und voller lebhafter Eindrücke zurück in die Redaktionsstuben. Wir Schweizer mit einer Handvoll Dossiers, PowerPoint-Präsentationen und einigen Hochglanzprospekten. Und während sich die Draufgänger in der Wildnis selbst verarzten, kann es in der Schweiz vorkommen, dass gleich über ein halbes Dutzend Ärzte an einer Medienkonferenz anwesend sind. Wie gestern in Sitten, als über die Qualität des Spitals Wallis informiert wurde.*

*Pro Journalist war ein Arzt da. Was soll einem da noch passieren?*

# Le RSV attend l'audit avec un large sourire

**SANTÉ** ▶ Le Grand Conseil a demandé une analyse du système hospitalier valaisan. L'Hôpital du Valais dit... s'en réjouir. Le chirurgien Vincent Bettschart et ses collègues démontent les attaques lancées contre eux.



Le professeur Vincent Bettschart démontre que le service de chirurgie qu'il dirige n'a rien à envier à ceux des grands centres hospitaliers. HOFMANN

## JEAN-YVES GABBUD

«Les chiffres officiels démontrent que nous pouvons nous comparer sans problèmes aux plus grands centres hospitaliers de Suisse, qu'ils soient universitaires ou non», a lancé hier Raymond Pernet, le président du conseil d'administration du Réseau Santé Valais (RSV).

## Le RSV sort de sa réserve

Après des semaines d'attaques incessantes, après que le Grand Conseil a exigé un audit, le RSV est sorti de sa réserve en convoquant la presse.

Première surprise, le Réseau ne s'offusque pas de l'audit demandé. Au contraire. «Nous avions souhaité cet audit auprès de nos autorités dès le mois d'avril», soit avant même la prise de position du Grand Conseil, a assuré Dietmar Michlig, le directeur général du RSV.

Le Réseau est confiant. Les indicateurs de qualité qu'il présente sont bons. Les taux de mortalité en Valais sont comparables à ceux enregistrés dans les centres universitaires. Globalement, il est de 2,05% dans notre canton et de 2% pour l'ensemble des hôpitaux suisses, selon l'Office fédéral de la santé publique (chiffres 2006, derniers disponibles).

## Une critique acceptée

Dietmar Michlig se déclare malgré tout conscient des améliorations à apporter au système qui a été mis en place. «C'est vrai qu'il n'est pas agréable pour un patient de 80 ans hospitalisé pour une fracture et qui présente également des problèmes urologiques d'être déplacé deux ou trois fois entre les différents sites.»

Cet inconvénient du système multisite est appelé à être cor-



Le RSV se veut transparent. Il appelle de ses vœux un audit. HOFMANN



**«Attaquer le RSV qui obtient de bons résultats est complètement infondé»**

**RAYMOND PERNET**

PRÉSIDENT DU CONSEIL D'ADMINISTRATION DU RSV

rigé. A l'avenir, tous les problèmes présentés par un tel patient devraient pouvoir être traités sur un seul hôpital durant la phase aiguë.

Mais c'est là la seule critique acceptée ouvertement hier.

Toutes les autres attaques dont le RSV a été l'objet, notamment par l'intermédiaire de Serge Sierro et Jean-Claude Pont, ont été balayées point par point.

## Un hôpital qui compte

Le RSV, aussi appelé Hôpital du Valais, ne veut pas être perçu comme un hôpital mineur dépendant des grands centres universitaires pour exister.

Il a atteint une certaine masse critique. C'est là un élément important pour la qualité des soins prodigués.

«On fait bien ce que l'on fait souvent», a expliqué Raymond Pernet.

En 2009, l'Hôpital du Valais a enregistré 37 402 hospitalisations, contre 42 000 au CHUV, et a pratiqué 17 000 interventions chirurgicales contre 20 000 au CHUV.

## Les chiffres de la chirurgie viscérale

Les critiques contre le RSV ont débuté avec l'affaire du professeur Daniel Savioz qui a remis quarante-neuf dossiers du pro-

fesseur Vincent Bettschart à l'extérieur.

Remis en cause par son ancien collègue, ce dernier, chef du département de chirurgie du Centre hospitalier du Centre du Valais (CHCVs) a présenté hier les chiffres de la chirurgie viscérale.

Vincent Bettschart a comparé les taux de mortalité enregistrés dans les grands centres hospitaliers par une étude américaine et ceux du CHCVs.

Pour le côlon, le Valais se trouve à 2,4%, contre 3,2% dans les grands centres. Pour l'œsophage, le CHCVs n'a pas eu de décès à déplorer, alors que le taux est de 6,5% en moyenne. La situation n'est pas plus dramatique au centre du Valais en ce qui concerne les opérations du foie ou du pancréas.

«Ces bons résultats ont été obtenus grâce à la fusion des trois hôpitaux qui permet d'obtenir une masse critique et au regroupement des cas, la chirurgie viscérale oncologique n'étant pratiquée que sur un seul site», explique le professeur Bettschart.

## Encore regrouper

Le chef de la chirurgie annonce qu'à l'avenir, il faudra réunir l'ensemble de l'activité opératoire dans le domaine de la chirurgie viscérale sur un seul site, contre trois aujourd'hui. Comme le nombre d'opérations tend à augmenter de 3 à 4% par année, il faudra également adapter les structures et augmenter les équipes.

Vincent Bettschart estime encore qu'il faudra recruter un à deux chirurgiens viscéraux supplémentaires dans un délai d'un à cinq ans pour pouvoir développer de nouvelles activités, comme la chirurgie de l'obésité et la chirurgie colorectale.

## CARDIOLOGIE

### «Aucun patient n'est jamais décédé en attendant un cardiologue»

«Au Centre hospitalier du Centre du Valais (CHCVs), il y a quatre médecins de garde en cardiologie, qui fonctionnent par tournus. Trois d'entre eux habitent Lutry, Lausanne ou Morges», déclaraient Serge Sierro et Jean-Claude Pont dans leur attaque



contre le RSV. «En dix-sept ans, aucun patient n'est jamais décédé en attendant un cardiologue», a répondu hier le **Dr Grégoire Girod**, médecin-chef du Service de cardiologie de ce même CHCVs. Ce dernier estime que la situation est très bonne en Valais. Les chiffres fournis par l'Office fédéral de la santé publique le prouvent. Le taux de mortalité suite à un infarctus est de 3,6% au CHCVs, contre 4% au CHUV et 7,2% à l'Hôpital universitaire de Genève.

L'éloignement des médecins n'aurait donc aucun effet? «Lors d'un infarctus, le temps est déterminant. Mais, entre le début des douleurs ressenties et le premier contact médical, il s'écoule en moyenne 3h30. 30% des personnes meurent avant d'arriver à l'hôpital.»

Les patients qui arrivent sont immédiatement pris en charge. L'ouverture de l'artère ne se fait pas immédiatement. «Le premier geste médical n'est pas du ressort du cardiologue. La chaîne de prise en charge du patient à l'hôpital débute avec les urgentistes et les intensivistes qui l'accueillent et prennent les mesures médicales urgentes avant d'acheminer le patient en salle de cathétérisme.»

Le médecin a donc le temps d'arriver jusqu'à l'hôpital. Les recommandations internationales fixent entre 90 et 120 minutes le temps avant son intervention. A Sion, ce temps est de 90 minutes.

Le Dr Grégoire Girod veut pour preuve du bon fonctionnement du service les résultats obtenus en ce qui concerne la reprise de la fonction cardiaque. «Entre janvier 2009 et avril 2010, nous avons pratiqué 350 interventions urgentes, dont 68 en dehors des heures ouvrables. Nous n'avons dû déplorer aucun décès en salle de cathétérisme. Sur ces 68 patients, 66 se sont retrouvés avec une fraction d'éjection supérieure ou égale à 40%, ce qui leur permet de ne pas avoir de séquelle. Les deux autres avaient déjà subi un infarctus auparavant.» JYG

## LES ATTAQUES CONTRE LE RSV AURONT DES SUITES JUDICIAIRES

▶ Le RSV a engagé une procédure à l'encontre du professeur Daniel Savioz, a annoncé hier Dietmar Michlig, directeur général de l'Hôpital du RSV. Il est reproché à l'ancien employé du Réseau d'avoir transmis des dossiers à l'extérieur de l'hôpital sans consentement des patients ni de sa hiérarchie. Une attitude qui serait contraire à la convention qui lie les HUG et le RSV, selon les responsables de ce dernier. «Ces faits ont été dénoncés au juge pénal», a déclaré Dietmar Michlig.

▶ Concernant les attaques lancées par Serge Sierro et Jean-Claude Pont à l'encontre du RSV, aucune plainte n'a encore été lancée. «Il y a matière pour aller en justice. Le conseil d'administration doit encore se déterminer si une action civile sera entreprise», a précisé le directeur général du RSV. JYG

# A moitié rassuré par le RSV



**JEAN-YVES GABBUD**

RÉDACTEUR EN CHEF ADJOINT

Dans la polémique qui secoue le RSV,

avouons-le, il est impossible pour un observateur extérieur de se faire une idée précise de la situation.

Tout le monde a autour de lui une connaissance ou l'autre qui a vécu un séjour à l'hôpital et pour qui cela ne s'est pas aussi bien passé qu'espéré. En grattant un peu, il est aussi possible de se constituer toute une collection d'histoires qui ont mal tourné. On arrive même à s'entendre dire par des employés du RSV qu'eux-mêmes ne laisseraient pas un proche se faire soigner dans un hôpital valaisan de telle ou telle maladie.

De son côté, le RSV rappelle que chaque année 37 500 patients sont hospitalisés dans ses murs et qu'il reçoit 317 000 visites ambulatoires. Face à de tels chiffres, les exemples qui nous sont rapportés peuvent soit n'être qu'anecdotiques soit être symptomatiques. Impossible de le savoir.

Les études et les chiffres fournis par le RSV sont rassurants. Dans les hôpitaux valaisans on ne meurt pas plus qu'ailleurs. C'est déjà ça. Mais est-on sûr que les comparaisons sont pertinentes? En d'autres termes, est-ce qu'on compare bien des pommes avec des pommes? Difficile de le savoir sans aller décortiquer les chiffres des études qui sont avancés.

Le seul moyen pour être pleinement rassuré, c'est d'avoir un audit neutre. Les détracteurs du RSV l'ont demandé. Le Grand Conseil l'a exigé. Le RSV lui-même le souhaite. La polémique n'aura peut-être pas été inutile. **Page 21**

# LE RÉSEAU SANTÉ VALAIS COMMUNIQUE ENFIN

**RIPOSTE** Le Réseau Santé Valais a répliqué, hier, sur les critiques émises à son encontre.

Le Réseau Santé Valais (RSV) a sorti la grosse artillerie hier pour riposter à ses détracteurs. Tous les responsables médicaux, vertement critiqués dans les rapports rédigés par Serge Sierro et Jean-Claude Pont, étaient présents. Mortalité, démissions en nombre, censure sur les employés, subordination au CHUV, bloc opératoire vétuste, le RSV a eu réponse à tout. Il a évoqué, notam-

ment dans la chirurgie cardiaque, «une totale méconnaissance du sujet» de la part de ceux qui critiquaient la situation.

Est-ce à dire que Serge Sierro et Jean-Claude Pont étaient totalement à côté de la plaque dans leurs dénonciations? «Nous critiquons la forme et la manière de faire. Le débat doit se situer à un autre niveau», a nuancé Dietmar

Michlig, directeur général de l'Hôpital du Valais. Son conseil d'administration devrait d'ailleurs décider s'il y a lieu d'entamer une action civile contre Jean-Claude Pont et Serge Sierro.

«Nous avons l'âme sereine d'avoir aidé à la vérité d'éclore», répliquent Sierro et Pont.

Coachés par une agence de communication genevoise, la demi-douzaine d'intervenants du RSV a insisté sur les qualités de la médecine valaisanne. «Notre engagement quotidien au service de nos patients ne nous laisse

guère le temps de soigner notre communication au grand public», a relevé le Dr Raymond Pernet, du conseil d'administration.

Le mot «fierté» est revenu dans bien des bouches. Aux «querelles stériles et destructrices», selon les termes du Dr Grégoire Girod, répond un argumentaire de vingt-sept points distribué à la presse. «Au niveau qualité, ce qui se passe en Valais est largement satisfaisant par rapport à ce qui se fait ailleurs», estime le Dr Philippe Eckert. ■

Joël Cerutti

# L'Hôpital du Valais attaque Daniel Savioz

## POLÉMIQUE

Le chirurgien licencié avait émis des doutes sur les résultats médicaux du service de chirurgie abdominale et viscérale du Réseau Santé Valais (RSV).

Au cœur d'une polémique depuis plusieurs semaines, le Réseau Santé Valais (RSV) est passé à l'offensive, hier à Sion. Pas moins d'une dizaine de membres de la direction générale et du corps médical se sont appliqués à démontrer la qualité d'un réseau qui, selon eux, n'a pas à rougir face aux plus grands centres hospitaliers. Ils ont indiqué avoir dénoncé pénalement le chirurgien Daniel Savioz, dont le licenciement a déclenché toute l'affaire.

Certes, la planification hospitalière débutée il y a six ans n'est pas une balade de santé. Mais les problèmes seraient incomparables avec ceux dénoncés par l'ex-conseiller d'Etat Serge Sierro et l'ancien professeur d'université Jean-Claude Pont. Si le chirurgien Daniel Savioz a été dénoncé pénalement par le RSV pour violation des dispositions légales sur la protection des données et le secret professionnel, M. Sierro et Pont sont, eux, menacés de poursuites civiles.

Pour mémoire, le médecin-chef Daniel Savioz avait émis des doutes sur les résultats médicaux obtenus par le service de chirurgie abdominale et viscérale du RSV. Ne se sentant pas écouté par sa hiérarchie, il avait transmis pour



**Le RSV** sera soumis à un audit, voté par le Grand Conseil.

avis une cinquantaine de dossiers au professeur Philippe Morel, patron de la chirurgie viscérale aux Hôpitaux universitaires de Genève (HUG).

Le problème est que les patients concernés n'étaient pas ceux du docteur Savioz et que les dossiers étaient nominatifs. «Les conventions entre le RSV et les HUG prévoient l'échange d'avis sur le diagnostic et le traitement de cas particuliers, mais elles ne permettent pas aux médecins de violer des dispositions légales, a expliqué hier Damian König, chef des affaires juridiques et éthiques au RSV. Nous ne pouvions en aucun cas fermer les yeux. Sans compter que nous avons reçu des lettres de patients très fâchés qui se sentent lésés et souhaitent déposer une plainte pénale.»

Inquiété par la polémique, le Grand Conseil a voté en mai un audit du RSV. Pour l'heure, le RSV répondra sur internet aux attaques avec un argumentaire en 27 points sur [hopitalvs.ch](http://hopitalvs.ch). **ATS**



## LE BLOC-NOTES POLITIQUE

DE JEAN-YVES GABBUD

### PDC DU CENTRE

## Un nouveau chef

Le groupe PDC du Centre s'est choisi jeudi soir un nouveau chef de groupe, suite à la démission de ce poste du député d'Ardon Pascal Gaillard. Il s'agit de l'Ayentôt Grégoire Dussex...

C'est là un beau lot de consolation pour un député qui a accepté de renoncer à la présidence du Grand Conseil au profit des noirs du Haut, histoire de ne pas voir trois élus francophones au perchoir cette année.

### CAISSE DE PENSION DE SION (1)

## Il faudra payer

A l'issue de la présentation des déboires de la caisse de pension de la ville de Sion devant le plénum extraordinaire du Conseil général, le conseiller municipal Vincent Pellissier résumait la situation sur son profil Facebook: *«Si j'ai bien compris: l'analyse prévisionnelle boursière est une science compliquée, surtout quand elle essaye de prédire l'avenir et si le futur est conforme au passé, ça devrait bien se passer... mais rien n'est moins certain, car si on ose l'affirmer, il est important de mettre des réserves. Et nous, ben à la fin, on paye!»* Difficile de dire mieux...

### CAISSE DE PENSION DE SION (2)

## Un paiement... à bien plaisir

Une assemblée générale ordinaire de la Caisse de pension de la ville de Sion a été convoquée pour le jeudi 17 juin. La modification des statuts sur le point des mesures d'assainissement figure à l'ordre du jour de cette séance. Pourquoi?

Parce que les mesures décidées (versement d'un montant par la ville et hausse des cotisations) ne sont pas prévues par les statuts actuels.

Le nouvel article proposé à l'assemblée est libellé ainsi: *«La ville de Sion peut décider de procéder, volontairement et à bien plaisir, à un versement unique ou des versements périodiques destinés à résorber partiellement ou totalement l'insuffisance de couverture.»*

Après cela, la ville pourra donc verser, *«volontairement et à bien plaisir»*, 17,5 millions dans la caisse de ses fonctionnaires.

### AFFAIRE LUCA

## Janus invisible

C'est le détective Fred Reichenbach qui nous l'apprend: la semaine dernière l'émission «Tard pour bar» de la TSR aurait dû évoquer l'affaire du petit Luca de Veysonnaz, à l'occasion de la sortie du roman «Canines» qui y fait référence. Mais voilà, Michel Zendali aurait souhaité avoir l'auteur du livre, le fameux Janus, sur son plateau.

Comme l'auteur souhaite rester anonyme... il est resté invisible.

### MÉDIAS

## Trop de pub à l'UDC

La gauche accuse les médias de faire la publicité de l'UDC, en évoquant trop souvent ses thèses.

Elle n'a pas tout à fait tort. Pour en trouver une preuve, il faut feuilleter le dernier numéro du «Peuple valaisan». Dans le journal édité par le Parti socialiste du Valais romand, sur quatre pages et moins d'une vingtaine d'articles, l'acronyme de l'Union démocratique du centre est mentionné à sept reprises. Ce n'est pas beaucoup moins que le PSVR...

## SÉCURITÉ

**Le PLR demande de serrer la vis**

Le Parti libéral-radical valaisan va déposer, lors de la session de juin du Grand Conseil qui débute aujourd'hui, trois textes relatifs à la politique de la sécurité.

Deux de ces textes prennent la forme d'initiatives cantonales dont l'objectif est de modifier la législation fédérale. La première vise à introduire un système de «*peines plancher*» dans le Code pénal, pour éviter que des criminels ne se trouvent libres «*après un passage en prison d'une durée ridicule*», expliquent Georges Tavernier et André Vernay, les présidents du parti et du groupe.

La deuxième demande la suppression du système des jours-amendes, introduit en 2007 et qui crée, selon le PLR, «*un sentiment d'impunité*».

Par le biais d'une motion, le PLR demande qu'une enquête en vue d'une expulsion soit ouverte «*dès l'existence d'un soupçon sérieux*» d'infraction grave commise par un étranger. JYG/c

## SÉCURITÉ (2)

**L'UDC veut une session spéciale**

Le Grand Conseil a eu une session consacrée au climat. Sur ce modèle, l'UDC demandera cette semaine qu'une demi-journée soit consacrée à la problématique de la sécurité. JYG/c

## PERSONNEL DE L'ÉTAT

**Le PDCB effaré**

Le groupe démocrate-chrétien du Bas-Valais s'est penché sur la question de la répartition géographique des effectifs des employés d'Etat. Il déclare «*relever avec un certain effarement la répartition des effectifs de l'administration cantonale et des chefs de services de l'Etat mis en rapport avec la population des trois régions constitutionnelles. S'il est compréhensible que la région du Centre soit sur-représentée, le PDCB s'interpelle du déséquilibre entre le Haut et le Bas et il sera attentif à ce que cet état de fait soit corrigé, atténué, ou compensé.*» JYG

## VALAIS ROMAND

**Naissance de la première section de la Gauche**

Suite à la création sur le plan national du parti la Gauche à la fin mai, une section du Valais romand, la première section cantonale, a été créée vendredi dernier. La Gauche-Valais romand prend la place de la Gauche valaisanne alternative (GVA). Le comité de la GVA a été reconduit à la tête de la nouvelle formation.

La Gauche-Valais romand compte une soixantaine de membres, dont quarante sont issus des rangs du GVA. Le parti se déterminera lors d'une assemblée générale extraordinaire en septembre sur une éventuelle participation aux élections fédérales de 2011, indique le Vétrozin Olivier Cottagnoud, coordinateur romand de la Gauche. JYG

## RÉSEAU SANTÉ VALAIS

**La cheffe de la communication se retire**

Nicole Bayard Carron quittera son poste de cheffe de la communication du Réseau Santé Valais (RSV) au 30 novembre 2010 «pour raisons personnelles», selon un communiqué. Elle a prévu d'exercer une activité professionnelle indépendante.

Nicole Bayard Carron est entrée au service de l'hôpital du Valais le 1er mai 2005. «*Efficiente, dynamique, ouverte aux innovations, elle a développé et mis en œuvre un nouveau concept de communication comprenant les relations avec les différents acteurs du système sanitaire, externes et internes*», souligne le RSV dans son communiqué. CM/C

## **Bayard verlässt das GNW**

**S i t t e n.** – (wb) Dr. Nicole Bayard Carron verlässt per Ende November 2010 das Gesundheitsnetz Wallis (GNW). Dr. Nicole Bayard Carron war Leiterin der Unternehmenskommunikation des Spitals Wallis (GNW). Sie wird das GNW aus persönlichen Gründen verlassen. Bayard ist am 1. Mai 2005 im Spital Wallis eingetreten. Mit viel Engagement hat sie in einem neu gebildeten, komplexen Umfeld die Unternehmenskommunikation aufgebaut. Dies umfasst die Beziehungen zu den verschiedenen internen und externen Akteuren des Gesundheitssystems. Auf Anfrage betonte Bayard, dass sie bei der Lonza, der BLS und dem GNW interessante Erfahrungen gemacht habe. Diese wolle sie nun als selbstständige Unternehmerin im Bereich Kommunikation und Projektmanagement nutzen: «Festes Ziel ist es, selber etwas aufzubauen. Es gibt auch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.» Bayard hat vier Kinder im Alter zwischen einem und acht Jahren.

# Le Parlement prêt à faire sauter un nouveau goulet

**3<sup>E</sup> CORRECTION DU RHÔNE ► Une écrasante majorité de députés a accepté hier d'entrer en matière sur l'acquisition de terrains «menacés» dans le Haut-Valais. Malgré le barrage dressé par l'UDC.**

**PASCAL GUÉX**

Nonante-six voix pour l'entrée en matière, douze contre et trois absentions: le Parlement valaisan a apporté hier un soutien sans équivoque à la deuxième étape d'acquisition «à l'amiable» de terrains pouvant servir à la réalisation de la 3e correction du Rhône (R3). Si le Grand Conseil confirme logiquement son appui jeudi prochain, l'Etat du Valais pourra ainsi investir 2,4 millions de francs dans l'achat de surfaces à vocation artisanale ou industrielle. Des terrains nécessaires, voire indispensables à la réalisation de mesures jugées prioritaires pour sécuriser un secteur particulièrement menacé dans la région viégeoise, compris entre Brigerbad et Baltschieder (voir encadré).

**Pas question de tergiverser**

L'élu agrarien a ressorti sa litanie d'arguments – il n'y aurait aucune contrainte juridique à rejeter la solution de l'élargissement retenue par le gouvernement; le versement des subventions fédérales ne dépendrait pas du choix de telle ou telle variante; la solution de l'approfondissement respecterait les critères de sécurité tout comme elle n'aurait qu'un impact infime sur la nappe phréatique, etc. – pour tenter de faire barrage à la 3e correction du Rhône telle que voulue par le gouvernement. En vain! Jacques Melly a en effet coulé la requête de l'UDC, d'ailleurs jugée hors propos. «*Nous avons toujours prôné l'ouverture et le dialogue et l'avons prouvé en ne cessant de courir la*



**«Ce crédit ne pourra être utilisé que pour l'acquisition de biens immobiliers, hors zones agricoles...»**

**JACQUES MELLY**  
CONSEILLER D'ÉTAT

Chantre «de l'ouverture et du dialogue», le conseiller d'Etat Jacques Melly n'a, il est vrai, pas ménagé ses efforts pour obtenir ce large consensus. Il a ainsi défendu avec conviction un amendement susceptible de calmer les craintes que plusieurs députés ont émises face à l'ampleur de l'emprise de R3 sur les terres agricoles. «*Nous avons pris acte de ces doutes et partageons ce souci. Mais ce crédit ne pourra être utilisé que pour l'acquisition de biens immobiliers, hors zones agricoles, jusqu'à l'adoption du plan Rhône 3, en 2011.*»

Un engagement insuffisant aux yeux d'Albert Pitteloud. Le député de l'UDC a ainsi assorti son acceptation d'entrer en matière sur ce crédit à la promesse qu'aurait dû faire le Conseil d'Etat de comparer la solution «officielle» de l'élargissement du fleuve à celle de l'approfondissement, réclamée à cor et à cri par l'Association pour la défense du sol agricole (ADSA). Et dans le mois qui suit!

campagne. Et ces derniers mois, nous avons pu confronter les deux variantes et apporter toutes les réponses nécessaires aux questions légitimes posées par les communes.» Pas question donc aujourd'hui de revenir à une étape de consultation et de comparaison. «*Cela retarderait le processus de sécurisation d'au moins trois ans et non de six mois comme le prétend Albert Pitteloud.*»

Pas question non plus de remettre en cause la nature même de l'ensemble du projet. Le chef du Département des transports, de l'équipement et de l'environnement s'est par contre déclaré disposé à étudier diverses adaptations, au cas par cas.

**Deux ventes, deux discours**

Jacques Melly a également trouvé en Jean-Didier Roch un allié de choix pour défendre l'entrée en matière de cet objet. «*En 2006, ce même Parlement avait dit oui à l'achat de 100 hectares situés en terres agricoles surtout. Aujourd'hui, il*



Pas question, pour Jacques Melly, de revenir à une étape de consultation ou de comparaison de variantes. LE NOUVELLISTE

*s'agit d'acquérir 100 hectares supplémentaires, mais en zone industrielle ou artisanale. Il n'y a donc pas de volonté de l'Etat d'avoir la mainmise sur le domaine agricole.»*

Le député du PDC du Bas et président de la commission thématique de l'équipement et des transports s'est aussi étonné des réactions épidermiques de certains milieux agricoles et de son confrère Albert Pitteloud.

«*Ils s'émeuvent de la perte de 350 hectares sur trente ans? Mais on ne les entend pas s'exprimer sur les dizaines d'hectares de terres agricoles qui passent tous les ans en zone à construire.*»

Une affaire de prix peut-être...

## Berne, principal bailleur de fonds

Si le Parlement confirme logiquement son soutien à cet objet demain jeudi, l'Etat du Valais pourra donc investir 2,4 millions de francs dans la 2e étape d'acquisition à l'amiable de terrains dans la région viégeoise.

Avec un objectif: avoir à disposition les moyens nécessaires pour maintenir, voire renforcer une politique d'achat qualifiée de ciblée. Politique qui vise quatre objectifs: répondre aux propositions d'achat émanant de grands propriétaires terriens dans des situations financières délicates et sans relève; favoriser la marge de manœuvre du projet pour limiter l'impact

sur l'agriculture; privilégier l'échange et le remaniement de parcelles plutôt que l'acquisition par expropriation et enfin faciliter la mise en œuvre des améliorations foncières intégrales (AFI).

Le coût de ces achats est estimé à 16 millions de francs. Montant qui sera couvert essentiellement par des subventions fédérales (74% des achats reconnus). La part cantonale est, elle, limitée à 15% (soit 2,4 millions) alors que les communes participeront à hauteur de 5% de la facture totale, soit 800 000 francs. PG

# La fin du statut de fonctionnaire

## JEAN-YVES GABBUD

*«Les syndicats prévoient un grand combat. En fait, les fonctionnaires eux-mêmes ont accepté la fin de leur statut. Ils ont même changé le nom de leur association. L'Association des magistrats, fonctionnaires et employés d'Etat est devenue l'Association du personnel de l'Etat du Valais»,* notait hier Pascal Bridy, le président de la Commission des institutions qui a analysé le projet de loi sur le personnel de l'Etat du Valais.

**Aucune opposition.** Aucun groupe politique, même pas l'Alliance de gauche, ne s'est opposé au principe de la modification de la loi et donc de l'abandon du statut de fonctionnaire. Il faut dire que, comme l'a rappelé le conseiller d'Etat Maurice Tornay, le Valais est le dernier canton à encore disposer de ce statut particulier. D'autres éléments ont aidé à faire aboutir le projet. Comme les

employés d'Etat ont été associés à la révision de la loi les concernant, ils ne la contestent pas. Le fait que la révision législative n'a pas d'impact financier direct permet également d'avoir un débat serein.

**Durée indéterminée...** La nouvelle loi a «*la souplesse du félin*», selon la libérale-radical Stéphanie Favre. Désormais, les serviteurs de l'Etat ne seront plus engagés pour une période administrative de quatre ans, mais pour une durée indéterminée, avec une possibilité de résiliation de trois mois. L'UDC voit moins de changements. Selon Jean-Luc Addor, le statut du fonctionnaire demeure malgré tout, car «*l'Etat n'est pas un employeur comme les autres*».

**Détails à discuter.** Si le principe de la loi ne pose aucun problème, de nombreux détails restent à discuter. Ils le seront vendredi. De nombreux

des pistes de modifications ont déjà été avancées hier. Le PLR demande, par exemple, que l'Etat ne prélève plus directement sur les salaires les cotisations pour les partenaires sociaux. Actuellement, l'Etat ne dispose pas d'une assurance perte de gain maladie. Il s'assure lui-même. Ce qui prêterite l'employé d'Etat qui passe dans le privé. Plusieurs députés ont demandé de changer cette situation.

**Effarement au PDC.** Seul coup de gueule hier, celui poussé par le groupe PDC du Bas, par la voix de Jérôme Dubois. Ce dernier s'est dit «*effaré*» par la répartition géographique des chefs de service et des hauts fonctionnaires de l'Etat. Le Centre, avec 39% de la population, détient 59% de ces postes. Le Haut, avec 26% en obtient 27%... alors que le Bas, avec 34% de la population n'en a que 11%.

# Satisfaction générale

JEAN-YVES GABBUD

Les comptes 2009 de l'Etat du Valais font le bonheur des députés. Tous les groupes se sont accordés hier pour dire qu'ils sont bons.

Ce bon sentiment n'empêche pas certaines critiques. Par exemple, le chef du groupe PLR, André Vernay, constate que les charges du personnel ont crû l'an passé de 5,86%, que les subventions sans caractère d'investissement ont augmenté de 7,11% et que la rubrique «biens, services et marchandises» a progressé de 12,45%, alors qu'en 2009 l'indice des prix à la consommation était négatif (-0,5%).

**Objectifs atteints pour Maurice Tornay.** Cette analyse ne perturbe pas le ministre des Finances, Maurice Tornay, qui constate que l'ensemble des charges de l'Etat n'ont progressé que de 0,7% l'an der-

nier. Le conseiller d'Etat rappelle que le budget a été *«bâti dans un contexte difficile, dans la crainte de ne pouvoir équilibrer les comptes»*. Pour lui, le fait que, malgré ce contexte difficile, les comptes se soldent par un excédent de recettes de 3,8 millions est un succès. *«Les objectifs budgétaires sont atteints»*, commente-t-il.

**Dépenses en vue.** Une satisfaction partagée par Marcelle Monnet-Terrettaz, la cheffe du groupe de l'Alliance de gauche, mais tempérée par les importantes dépenses qui s'annoncent à l'horizon. Elle cite, entre autres, le manque de personnel pour la justice, pour la police et le trou abyssal dans la caisse de pension.

Maurice Tornay lui rétorque: *«Profitons du bon goût du compte 2009 avant de voir les nuages sur les prochains budgets.»*

## UNTERWALLIS

Zwei neue Priester  
geweiht

Sitten. – Am Sonntag hat Bischof Norbert Brunner in der Kathedrale von Sitten zwei Unterwalliser die Priesterweihe gespendet. Es handelt sich dabei um Sylvain Gex-Fabry und Vincent Lafargue. Oberwalliser wurden dieses Jahr keine geweiht. Die Anzahl der Priester ist stark im Rückgang. Wurden in den Neunzigerjahren noch insgesamt 29 Walliser zum Priester geweiht, so ist diese Zahl im vergangenen Jahrzehnt auf lediglich zehn gesunken.

Neue Linkspartei  
gegründet

Unterwallis. – Nachdem Ende Mai auf Schweizer Ebene die neue Partei «Die Linke» aus der Taufe gehoben wurde, ist am vergangenen Freitag in Unterwallis die erste Kantonalabteilung gegründet worden. Die Unterwalliser Linke nimmt den Platz der bisherigen «Walliser linken Alternativen» ein, deren bisheriger Vorstand nun den Vorstand der neuen «Unterwalliser Linken» stellt. Die neue Kantonalabteilung zählt derzeit rund sechzig Mitglieder, wovon vierzig von der bisherigen «Unterwalliser linken Alternativen» stammen. Die neue Partei wird sich im September zu einer konstituierenden Sitzung treffen und will voraussichtlich bereits bei den kommenden eidgenössischen Wahlen 2011 Kandidaten stellen.

6,6 Millionen  
Franken Umsatz

Siders. – Die bisherige Direktorin von Kanal 9, Aline Nicol, verlässt den Sender, wie bereits berichtet worden ist. Am Montag leitete sie ihre letzte Generalversammlung. Sie verlässt einen gesunden Sender, wie sie gegenüber dem «Nouveliste» betonte. Im vergangenen Jahr machte Kanal 9 einen Umsatz von 6,6 Millionen Franken, wovon 2,2 Millionen aus dem Abonnements-Verkauf und 900 000 Franken aus der Werbung generiert wurden. Der Cashflow betrug beachtliche 16 Prozent. Derzeit arbeiten insgesamt 59 Mitarbeiter beim Sender, im Oberwallis sollen bis September 2010 elf Mitarbeiter angestellt sein.

## Rilke-Matinée

Siders. – Am kommenden Sonntag, dem 20. Juni, findet im Maison de Courten ab 11.00 Uhr eine Rilke-Matinée statt. Professor Bernard Dieterle präsentiert seinen Vortrag «Rilke oder die Kunst der Beschreibung». Dieterle ist Professor für Literatur an den Universitäten Stuttgart und St. Gallen.

Dynamischer  
Tourismus

St-Martin. – Die kleine Berggemeinde St-Martin im Eringertal will ihr Tourismusbüro verstärken. Als neuer Geschäftsführer wurde Patrice Gaspoz verpflichtet, der sich in der Organisation und Durchführung von touristischen Events einen Namen gemacht hat. Gaspoz soll in St-Martin unter anderem neue Events auf die Beine stellen und Package-Angebote kreieren. Vor allem im Agrotourismus sieht er noch Steigerungspotenzial.

## Gute Noten für gute Rechnung

Walliser Parlament befasst sich mit der Jahresrechnung, den Berichten der Regierung und des Finanzinspektorats



Zu Beginn der Juni-Session gabs Musik, danach folgten Zahlen und Berichte...

Foto wb

Aus dem Walliser  
Grossen Rat

Sitten. – Für die Staatsrechnung 2009 gabs guten in der Eintretensdebatte gute Noten. Am Freitag wird sich der Rat dann intensiver mit der Rechnung 2009 befassen.

Ratspräsident Jean-François Copt verweist zu Beginn seiner ersten Sessionswoche auf das erste offizielle Staatsratsfoto mit dem neuen Staatskanzler. Wer wolle, dürfe auch ein Autogramm der Regierung holen. Wie viele dies dann taten, ist nicht bekannt...

Dann gibts, wie in der Mai-Session beschlossen, ein kurzes klassisches Konzert. Das soll künftig zu Beginn jeder Sessionswoche so sein. Dem lockeren, musischen Auftakt folgt dann bald einmal der trockene, monotone Parlamentsalltag. Zur Behandlung stehen die Staatsrechnung, die Jahresberichte des Staatsrates und des kantonalen Finanzinspektorates für 2009 an. Es ist nicht viel mehr als Schattenboxen, bei dem die Parteien ihre politi-

schen Positionen mehr oder weniger nochmals wiederholen.

Gute Rechnung  
im «Krisenjahr»

Die Rechnung 2009 schliesst mit einem positiven Ergebnis, sowohl in der laufenden Rechnung als auch bei der Finanzierung. Die laufende Rechnung weist bei einem Ertrags- und Aufwandvolumen von 2,78 Mia. Franken einen Ertragsüberschuss von 3,8 Mio. Franken aus. Vor Verbuchung der Abschreibungen, wovon 90,2 Mio. Franken zusätzliche Abschreibungen sind, weist die laufende Rechnung eine Selbstfinanzierungsmarge von 241,8 Mio. Franken auf. Die Investitionsrechnung umfasst Investitionsausgaben von 529,7 Mio. Franken, die durch Einnahmen in Höhe von 325,2 Mio. Franken gedeckt werden. Die Nettoinvestitionen betragen 204,4 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen sind also vollständig durch die Selbstfinanzierungsmarge gedeckt. Es resultieren ein Finanzierungsüberschuss von 37,4 Mio. Franken und ein Selbstfinanzierungsgrad von 118,3 Prozent. Es ist also im Krisenjahr eine sehr gute Rechnung. Entsprechend unbestrit-

ten ist das Ergebnis im Rat. Staatsrat Maurice Tornay erinnert daran, unter welchen Voraussetzungen das Budget 2009 gemacht wurde. Das Wallis hatte keine Krise, die Rechnung 2009 ist sehr gut, die Ziele erreicht. Man kann auch über die Unterschiede zwischen Budget und Rechnung debattieren. Auch Tornay erwähnt die kommenden grossen Herausforderungen etwa bei den Infrastrukturen oder in der Alters- oder der Gesundheitspolitik.

In der Tendenz gibt es auch gute Zensuren für den 74-seitigen Jahresbericht des Staatsrates. Das ist für die meisten Rednerinnen und Redner primär ein Marketingprojekt und ähnelt doch sehr stark einem touristischen Hochglanzprospekt. Im Grundsatz gibt es Lob, aber doch auch einige Fragen. Staatsratspräsident Jean-Michel Cina merkt süffisant an, dass man bei der Jahresrechnung noch kritisiert wurde für ein zu umfangreiches Dossier. Der Jahresbericht der Regierung ist nun eben ein Dokument, das verdaulich ist...

Lob für das  
Finanzinspektorat  
Der Bericht des Finanzinspek-

torats wird als ausführlich beschrieben. Der Bericht ist klar und erleichtert auch die Arbeit des Parlaments. Die Arbeit von Christian Melly und seinen Mitarbeitern erlaubt es, Fehler zu finden und Korrekturen vorzunehmen. Die überwiegende Mehrheit der Institutionen und Gemeinden funktioniert aber gut. Wo es Missstände gibt, soll der Staat aber vehementer intervenieren. Alle Fraktionen loben

die gute Arbeit, selbst die SVP. Und die wohl wichtigste Erkenntnis: Das Finanzinspektorat kann seine Arbeit jederzeit und unabhängig ausführen und ist ein absolut unentbehrliches Instrument. Staatsratspräsident Jean-Michel Cina versicherte, dass man alle Kritikpunkte nochmals analysieren wird, insbesondere die halbstaatlichen Organisationen. Das ist auch im Interesse der Regierung. hbi

## Boden gütlich kaufen

Dritte Rhonekorrektur

Der Beschluss zum gültigen Landerwerb für die dritte Rhonekorrektur löst eine kurze, aber heftige Debatte aus. Seitens der SVP und der FDP-Liberale hat man Bedenken.

Bis heute wurden rund 100 Hektaren gekauft. Im Februar 2010 hat der Staatsrat das wasserbauliche Konzept, welches im «Generellen Projekt» festgehalten wurde, bestätigt. Der Raumbedarf umfasst rund 870 Hektaren, davon 690 Hektaren im Wallis. Allein 350 Hektaren wird die Landwirtschaft verlieren. Zudem wurde beschlossen, den Erwerb von Boden für die Bauarbeiten oder für den möglichen Grundstückstausch voranzutreiben.

Der Beschluss bezweckt, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Landerwerbsstrategie für die 3. Rhonekorrektur gezielt weiterführen zu können. Man kann damit eintreten auf Kaufvorschlüsse, die Flexibilität des Projekts erhöhen, Landtausch und Landumlegungen den Enteignungen vorziehen und es erleichtert auch die Umsetzung von integrierten Massnahmen. Der vorgesehene Betrag zum Land- und Liegenschaftserwerb für die zweite Etappe wird auf 16 Millionen Franken geschätzt. Dieser Betrag erlaubt den Kauf von mehreren Objekten nur in der Gewerbe- und Industriezone und von rund 100 Hektaren landwirtschaftlichem Boden. Die Kaufpreise wurden in Übereinstimmung mit der WLK festgelegt und übersteigen den handelsüblichen Preis nicht. Jeremy Rey (CVPM) fordert ein rasches Handeln. Erno Grand (CVPO) ist einverstanden, dass ein Teil des Geldes erst dann gesprochen wird, wenn das Generelle Projekt bewilligt ist. Die Flexibilität wird gefördert und Falschinvestitionen werden

verhindert. Nicolas Voide (CVPU) will keinen Quadratmeter Landwirtschaftsboden opfern, der nicht für die Rottenkorrektur gebraucht wird. Es gilt mit offenen Karten zu spielen. Für Georges Schnydrig (CSPO) bestehen Zweifel, ob man jetzt Boden kaufen soll, den man erst in 30 Jahren braucht. Trotz Bedenken stellt er sich hinter die Vorlage. Raymond Borgeat (Linksallianz) bedauert, dass man den Bodenkauf erneut nutzt, um gegen das Gesamtprojekt Sturm zu laufen. Albert Pitteloud (SVPU) fordert, dass man in den kommenden Monaten einen Vergleich der verschiedenen Möglichkeiten vornimmt. Tut man das nicht, kommt der Staatsrat seiner Aufgabe nicht nach und ist die SVP gegen Eintreten. Willy Girod (FDP-Liberale) will grundsätzlich zustimmen. Es braucht aber mehr Koordination und mit den Gemeinden muss man eine Vernehmlassung machen. Er nennt als Beispiel das Thema Gefahrenkarten. Staatsrat Jacques Melly verspricht, dass man Boden nur kauft, wenn man ihn auch braucht. Man braucht aber auch Abtauschflächen, die man Landwirten anbieten kann. Die Bedingung für einen Variantenvergleich nimmt er zur Kenntnis. Melly verspricht Öffnung und Dialog. Man hat die Varianten bereits mehrmals verglichen und alle Antworten geliefert. Er lehnt eine konkrete Zusage ab. Er lässt die Türen für weitere Diskussionen offen, aber es gibt keinen neuen Variantenstreit. Man darf nicht vergessen, dass es letztlich nicht um Einzelinteressen geht, sondern um die Sicherheit der gesamten Bevölkerung. Man muss über die Nansenspitze hinausblicken... Mit 96 Ja, 3 Nein und 3 Enthaltungen wird Eintreten beschlossen. hbi

## Modern und sozial

Parlament will ein neues Gesetz über das Personal des Staates

Der Kanton Wallis bekommt ein neues Personalgesetz. In der Eintretensdebatte war es unbestritten.

Unter Berücksichtigung der ständigen Entwicklung der Wirtschaft und des Staates werden die Flexibilität und die Qualität im Personalmanagement immer wichtiger. Die meisten Kantone haben ihr Personalgesetz revidiert. Der Weg hin zu einem modernen und dynamischen Personalmanagement verlangt nach einer Revision des gegenwärtigen Gesetzes betreffend das Dienstverhältnis der Beamten und Angestellten des Staates Wallis, dem Beamtengesetz von 1983. Die gewünschten Verbesserungen beziehen sich auf Karriere-möglichkeiten, interne berufliche Mobilität, Anerkennung, Massnahmen zur Stressbewältigung, Massnahmen für die Gesundheit und Arbeitsplatzsicherheit sowie für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die meisten von den in diesem Gesetzesentwurf vorgestellten Neuheiten entsprechen nicht nur den Bedürfnissen des Staates Wallis als moderner Arbeitgeber und den Bedürfnissen seiner Mitarbeiter, sondern auch einer Tendenz, die sich aus dem

Vergleich mit den anderen öffentlichen Verwaltungen sowie mit Grossunternehmen im Tertiärbereich ergibt. Das Gesetz soll dem Personal einen vorteilhaften und flexiblen Rahmen bieten.

Die erste Kommission hat praktisch keine Änderungen vorgenommen, sagt Margrit-Picon-Furrer (CVPU). Die Dienstchefs werden aufgewertet. Der Staat wird als Arbeitgeber attraktiver. Doris Schmidhalter-Näfen (Linksallianz) anerkennt, dass der Vorentwurf den Zielen nahe kommt, macht aber ebenfalls eine Reihe von Anmerkungen.

Stephanie Favre (FDP-Liberale) fragt, ob denn der Staat bisher kein attraktiver Arbeitgeber war? Liliane Brigger (CSPO) begrüsst das Gesetz. Die Veränderungen sind meist positiv. Die unklaren Punkte sind zu klären. Für Jérôme Dubois (CVPU) ist das Gesetz eine Evolution und keine Revolution. Sprüche wie «mein Vater war Beamter und meine Mutter arbeitete auch nicht», sollten endgültig der Vergangenheit angehören... Bernhard Vogel (CVPO) stellt sich die Frage, ob nicht auch die Einbeziehung von externen Experten sinnvoll gewesen wäre. Grundsätzlich bietet das Gesetz

eine Verbesserung und kommt schlank daher.

Jean-Luc Addor (SVPU) unterstützt das Projekt auch. Das Gesetz ist geschmeidiger, aber die Zügel soll man nicht schleifen lassen. Das gilt für die Arbeitsdauer, die Ferien oder die Anstellungen. Der Staatsrat muss Chef der Kantonsverwaltung bleiben. Er darf nicht im Übermass Kompetenzen abtreten.

Kommissionspräsident Pascal Briddy erwähnt, dass alle Verbände dem Gesetz zustimmen. Das Gesetz ist im Einklang mit den Zielen des Parlamentes und der Regierung.

Staatsrat Maurice Tornay merkt an, dass man ein familien-taugliches Gesetz für die Beamten wolle. Der Trend ist klar: weg vom Beamten- zum Angestelltenstatut. Es ist wichtig, dass das Projekt von allen akzeptiert ist. Vergleiche mit anderen Kantonen oder grossen Unternehmen zeigen, dass man ein sehr flexibles Gesetz schaffen werde. Die Frage der Kompetenzen etwa bei der Arbeitszeit oder den Ferien müsse man diskutieren. Das Gesetz wird keine finanziellen Auswirkungen haben. Das Thema Unver-einbarkeiten will man bewusst nicht jetzt diskutieren. hbi



**REMISE DU PRIX**  
Bernard Soguel reçoit le Gaspi d'Or 2010. En raison d'un agenda surchargé, Claude Roch n'a pu participer à la manifestation.

**ARGENT PUBLIC**

# LE PALLADIUM ET LE MYCORAMA REMPONENT LE GASPI D'OR

Le jury attribue aussi des cartons jaunes à deux communes gruériennes et aux projets de patinoires valaisannes. **PAR JEAN-PHILIPPE BUCHS**

**L**e jury a tranché! Le Gaspi d'or 2010 a été attribué au Palladium de Champéry (VS) et au Mycorama de Cernier (NE). Au bord du gouffre, le Centre national de glace de la station valaisanne (coût de construction: 16,8 millions de francs) ne doit son salut qu'aux collectivités publiques. Le canton et la commune ont accepté de financer le déficit d'exploitation jusqu'à 750 000 francs par an. Au total, les montants déjà injectés et ceux qui le seront à l'avenir atteindront 13,3 millions. Accepté dans la précipitation

de peur de perdre les subventions de la Confédération, ce projet a fait l'objet de critiques dès sa phase initiale. Inauguré en 2005, le Palladium ne parvient pas à dégager les liquidités nécessaires pour rembourser les dettes. A Cernier, faute de visiteurs, le Mycorama (coût de construction: 5,5 millions) a dû fermer ses portes en décembre 2009. Soit deux ans après son ouverture. L'objectif de

ce site touristique et scientifique consacré aux champignons était d'attirer à la fois le grand public et les chercheurs. Alors qu'aucun véritable business plan n'a été élaboré, le Grand Conseil a suivi en 2006 la recommandation du Conseil d'Etat de garantir un crédit LIM de 1,3 million octroyé par la Confédération et d'accorder une subvention de 900 000 francs. Aujourd'hui, la somme de 2,2 millions est perdue.

Si le jury a décidé de «récompenser» ces deux investissements, c'est parce qu'il estime que ces derniers n'ont pas fait l'objet d'une évaluation adéquate. Or, le Palladium exige maintenant le versement récurrent de montants considérables. Cette construction n'aurait jamais dû voir le jour. De son côté, le Mycorama a été validé par plusieurs instances successives. Lesquelles n'ont toutefois jamais tiré la sonnette d'alarme.

A Champéry, Luc Fellay, le président de commune, tente désormais de renforcer les activités du Palladium afin qu'il puisse engranger davantage de recettes. Des négociations sont en cours avec la Confédération dans le domaine du curling. Dans le canton de Neuchâtel, Bernard Soguel, ancien conseiller d'Etat dont les services avaient supervisé le projet du Mycorama, reconnaît que ces derniers n'avaient pas été suffisamment perspicaces. «Par la suite, j'ai décidé de modifier les structures d'évaluation des projets», affirme-t-il aujourd'hui.

Le jury a aussi attribué deux cartons jaunes. Le premier aux communes de Corbières et d'Hauteville en Gruyère. Leurs responsables ne parviennent pas à s'entendre pour construire, ensemble, un bâtiment scolaire. Corbières voudrait aménager un édifice unique sur son territoire, mais Hauteville rejette cette option car elle projette un nouveau complexe comprenant des salles de classes pour ses propres élèves ainsi qu'une salle communale. Le second avertissement est donné aux projets de nouvelles patinoires en Valais. En raison de la vétusté des infrastructures de Viège et de Sierre, les deux villes envisagent, avec la collaboration du conseiller d'Etat Claude Roch, d'édifier une installation unique. Si aucun accord n'est trouvé, elles

édifieront ou rénoveront leur propre piste de glace.

Dans les deux cas (écoles et patinoires), le potentiel de gaspillage d'argent public n'est pas à négliger. Mais il est difficilement calculable car aucune estimation précise n'a été effectuée pour savoir quelles sont les meilleures solutions. ■

**Champéry tente de renforcer les activités du Palladium afin d'engranger davantage de recettes.**



# Ils ne délient pas les cordons des bourses

**FORMATION ►** Les députés ont refusé hier un accord intercantonal qui aurait favorisé l'octroi de plus de bourses d'études au détriment des prêts.

**JEAN-YVES GABBUD**

Le Valais n'adhérera pas à l'accord intercantonal sur l'harmonisation des bourses d'études. Les députés ont préféré, par 63 voix contre 55 et 5 abstentions, laisser à notre canton ses spécificités.

Les opposants à l'accord se sont surtout exprimés contre la transformation d'une partie des prêts d'honneur en bourses.

Actuellement, le Valais aide ses étudiants avec 50% de bourses d'études, non remboursables, et avec 50% de prêts d'honneur qui, eux, sont remboursables. C'est là une situation particulière quasiment unique en Suisse. L'accord intercantonal prévoit d'avoir un minimum de deux tiers de bourses.

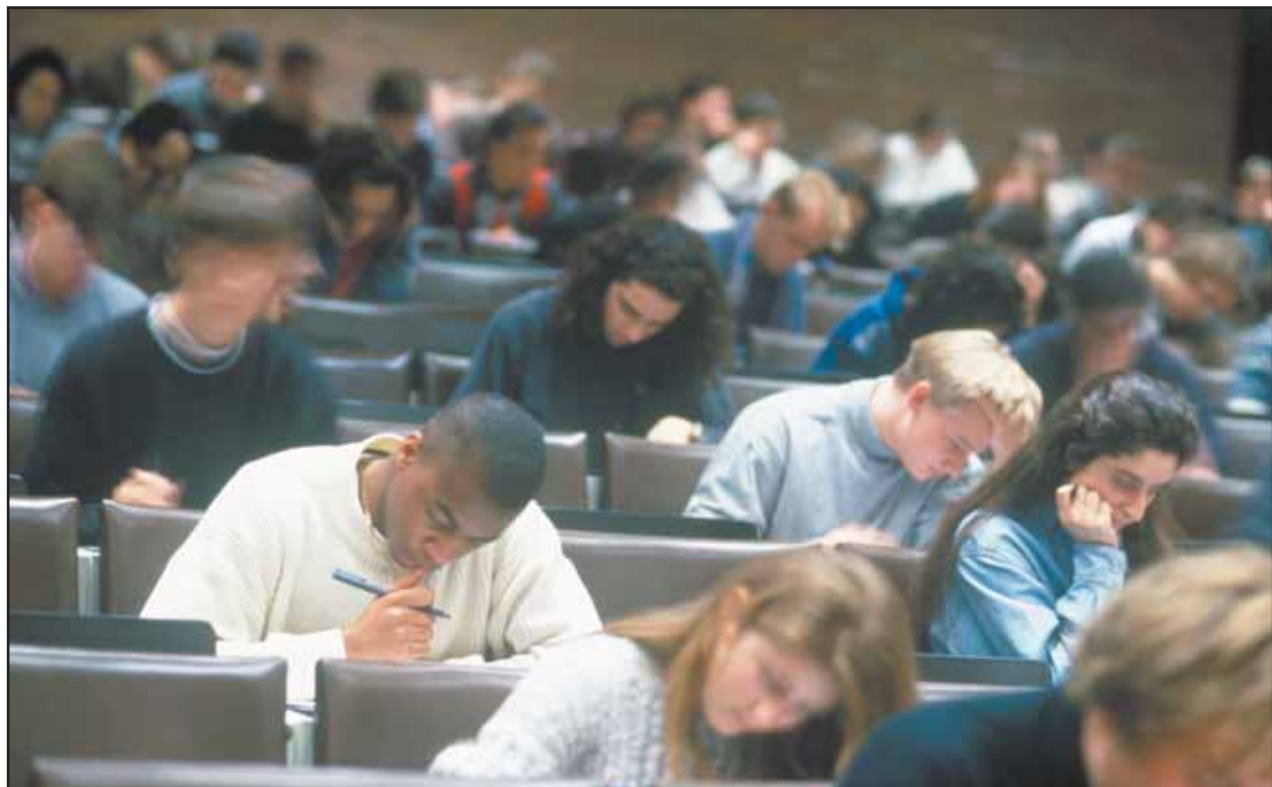
## Débat entre bourses et prêts

Pour le PDC du Haut et l'UDC, les prêts doivent être privilégiés par rapport aux bourses pour de nombreuses raisons. Ils ont l'immense avantage d'être remboursés à l'Etat, ce qui permet d'offrir un soutien au plus grand nombre, sans trop ponctionner les caisses de l'Etat.

Le député-suppléant noir Ralf Imstepf souligne le fait que de nombreux étudiants valaisans ne rentrent pas dans le canton à la fin de leurs études.

Ne pas leur demander de rembourser l'aide reçue est une forme de subventionnement du Plateau suisse.

Ralf Imstepf a également demandé: «*Comment expliquer à un ouvrier que son impôt va servir à un étudiant qui gagnera ensuite beaucoup plus que lui?*» Il estime que celui qui est capable de rembourser la collectivité doit le faire.



Par 63 voix contre 55 et 5 abstentions, les députés ont préféré laisser à notre canton ses spécificités en matière de bourses et de prêts pour les étudiants. LDD.

La députée Marianne Maret (PDC du Bas) partage ce point de vue. Pour elle, «*le prêt est de l'argent durable*», puisque, une fois remboursé, il sert à nouveau. Abandonner les prêts au profit de bourses coûterait jusqu'à 7 millions par an au canton.

Elle estime que les résultats scolaires des Valaisans montrent que le fait de bénéficier de prêts au lieu de bourses ne porte pas à conséquence. «*Les prêts donnent plus de responsabilité*», estime-t-elle, les étudiants qui en bénéficient sont incités à terminer plus rapidement leur formation.

La cheffe du groupe de l'Alliance de gauche, Marcelle Monnet-Terretaz, est d'un tout autre avis. Selon elle, les bénéficiaires de prêts se retrouvent souvent avec le boulet de cette dette lorsqu'ils fondent une famille, alors qu'ils n'ont pas forcément trouvé un emploi leur offrant un revenu en adéquation avec leur formation, surtout que la nécessité de suivre des stages après les études se généralise. Le libéral-radical Xavier Moret estime que l'octroi d'une bourse donne une certaine égalité de chances aux plus défavorisés.

## Suspension et reprise des débats

Si le Grand Conseil a dit non à l'accord intercantonal, il doit encore se prononcer sur la modification de la loi cantonale sur les bourses et prêts d'honneur. La proportion entre bourses et prêts doit y être débattue...

Le PDC du Centre, qui a voté hier contre l'accord intercantonal, a déjà annoncé qu'il souhaite une augmentation de la proportion des bourses.

Le débat sur ce thème reprend aujourd'hui au Grand Conseil.

# Deux nouveaux millions pour Valais Tourisme

## JEAN-YVES GABBUD

Le Grand Conseil a accepté hier, par 87 voix contre 38, d'entrer en matière sur le projet d'octroyer deux millions de francs supplémentaires à Valais Tourisme pour des actions de marketing.

En fait, Valais Tourisme avait demandé deux millions pour 2010 et trois millions pour 2011. Le Conseil d'Etat a accepté de lui accorder deux fois deux millions. Une partie des députés qui se sont exprimés hier acceptent le principe d'un soutien supplémentaire pour 2010, mais veulent rediscuter plus tard d'une aide pour 2011.

La discussion de détail aura lieu vendredi. Pour l'heure, seul le principe est admis.

**Pour contrer la crise.** Le Conseil d'Etat a présenté des statistiques et prévisions inquiétantes pour justifier l'octroi d'une aide au tourisme. Le nombre de nuitées hôte-

lières devrait diminuer de 2,6% cette année en Valais. *«C'est le tourisme qui est l'activité économique la plus touchée par la crise»*, estime le conseiller d'Etat Jean-Michel Cina. Raison pour laquelle il estime légitime que l'Etat accorde un soutien à l'association faitière du tourisme valaisan à travers le fonds de soutien à l'économie.

Pour le député PDC haut-valaisan Jean-Marie Schmidt, le contexte économique a évolué très rapidement. La crise de la dette des pays du sud de l'Union européenne et la chute de l'euro pénalisent notre tourisme.

De ce fait, il est urgent d'agir.

**Actions contestées.** Plusieurs voix se sont élevées pour contester ce soutien à Valais Tourisme.

Pour Jean-Claude Vocat (PLR), quatre millions de francs pour du marketing ne permettront pas d'augmenter immédiatement le nombre de nuitées

en Valais. Il résume la situation, en estimant que Valais Tourisme va dire aux Européens touchés par la crise: *«Vous êtes au chômage, votre pouvoir d'achat chute, mais pensez tout de même au Valais pour vos vacances... et si possible cet été déjà.»*

L'UDC Edmond Peruchoud conteste les méthodes de Valais Tourisme. Il estime, par exemple, les actions de promotion menées à Val d'Isère ou à Garmisch totalement inutiles. *«C'est vendre des congélateurs aux Esquimaux.»*

Le socialiste haut-valaisan German Eyer est sur la même longueur d'onde que l'UDC. Pour lui, en refusant la loi sur le tourisme, les Valaisans ont dit non à la bureaucratie de Valais Tourisme.

Il n'a pas été suivi dans ce raisonnement par les membres francophones de l'Alliance de gauche qui ont dit oui à l'entrée en matière, tout comme le PDC.

## TRANSFORMATION DE L'ÉCOLE D'AGRICULTURE

# Première enveloppe

**PASCAL GUEx**

Pas de remarque; aucune demande de parole lors de la lecture, pas plus qu'à l'heure du débat final! L'octroi d'un crédit d'engagement pour la transformation et l'assainissement des bâtiments destinés à la formation sur le site de l'École d'agriculture de Châteauneuf a donc passé la rampe du Grand Conseil sans coup férir hier. Et c'est à l'unanimité des 82 députés présents que le Parlement valaisan a donné son feu vert à cette enveloppe de 8,6 millions de francs. Pierre-Alain Delitroz (PDC du Centre) résumant le sentiment général: *«Il n'y a pas à tergiverser lorsqu'il s'agit d'améliorer la sécurité ou de favoriser l'accès à des personnes à mobilité réduite.»*

**Châteauneuf en attendant Viège et Leytron.** En mars dernier, le même Grand Conseil avait déjà accepté un crédit-cadre de 24,5 millions de francs pour l'assainissement et l'aménagement des bâtiments du Service de l'agriculture sur les sites de Châteauneuf, Viège et Leytron. Hier, nos députés n'ont en fait que donné le feu vert à la première étape de cette stratégie de développement *«globale et durable»*.

Concrètement, 8,6 millions de francs vont être injectés dans les trois bâtiments de formation de Châteauneuf afin d'améliorer la viabilité et la sécurité de l'ensemble. Grâce à la création de circulations horizontales et verticales permettant un fonctionnement rationnel des bâtiments; grâce au regroupement des affectations apparentées; grâce à la création de 21 salles de classes supplémentaires en remplacement des chambres et dortoirs de l'internat; grâce à l'amélioration de l'accessibilité aux personnes handicapées ou encore à la mise aux normes de protection incendie.

Cette première opération de réhabilitation permettra aussi d'améliorer le bilan énergétique et d'optimiser les installations électriques et sanitaires.

Ces travaux devisés à 8,6 millions de francs seront payés par le canton à hauteur de 4,55 millions – après la prise en compte des subventions de la commune de Sion de l'ordre de 10% (soit 860 000 francs). Le solde – soit 3,12 millions – sera prélevé sur le compte du fonds de financement spécial.

# Umstrittene Nachtragskredite

Wallis Tourismus kann für 2010 mit einem Zusatzkredit rechnen, 2011 wohl (noch) nicht

Aus dem  
Walliser Grossen Rat

**Sitten.** – Die politischen Gräben in der Tourismuspolitik sind immer noch offen. Das zeigte die gestrige Eintretensdebatte über zwei Zusatzkredite von je zwei Millionen Franken für das laufende und das nächste Jahr.

Wallis Tourismus reichte beim Kanton zuhänden der Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung ein Gesuch zur finanziellen Unterstützung von zusätzlichen Marktbearbeitungsmassnahmen auf dem Inlandmarkt und den Märkten des nahen Auslandes in Deutschland, Frankreich und Italien ein. Für das Jahr 2010 werden zwei Millionen Franken und für das Jahr 2011 zwei Millionen Franken beantragt. Während sich auf anderen Märkten erste Zeichen des Aufschwungs bemerkbar machen, kann man in der Tourismusbranche nicht mit einer raschen Erholung rechnen. Im Tourismus werden die Auswirkungen einer Krise generell mit einer Verzögerung von etwa sechs Monaten spürbar. Wie für alle anderen Luxusgüter kann man festhalten, dass der Tourismus von Rezessionen besonders stark betroffen ist. Zudem sind die kurzfristigen Wechselkursvorteile gegenüber dem Euro verschwunden.

## Kritik der SVP und der SPO

**Joel Gaillard** (CVPU) anerkennt, dass der Walliser Touris-



Staatsrat Jean-Michel Cina (rechts, im Gespräch mit dem CSPO-Abgeordneten Stefan Andenmatten): «Wenn man keine Werbung macht, stirbt man...»

Foto wb

mus dringend mehr Geld braucht. **Jean-Claude Vocat** (FDP-Liberale) kommt nicht zu denselben Schlüssen. 2010 lehnt man ab, für 2011 ist es zu früh. Man hat mit Bauchgefühl reagiert. **Diego Wellig** (CSPO) erinnert, dass die CSPO bereits vor einem halben Jahr in die gleiche Richtung intervenierte. Für 2010 könnte es wohl schon zu spät sein. Man stimmt zu, weil es keine Alternative gibt. Gleichzeitig verlangt man aber eine langfristige Strategie.

**Bertrand Denis** (CVP Mittelwallis) spricht sich für den Kre-

dit für 2010 aus. Für das nächste Jahr verweist man auf die Budgetdiskussion. Auch **Edmond Perruchoud** (SVPU) ist für einen guten Tourismus. Das Begehren ist eine Schande und eine Provokation. Man will mit kurzen Fristen Druck machen. Dagegen muss man sich wehren. Das Walliser Volk hat das Tourismusgesetz verworfen. Die vertiefte Analyse ist noch nicht erfolgt. Zudem sind die Zielmärkte die falschen. Marketingmittel etwa für die Weltmeisterschaften in Garmisch zu sprechen, macht keinen Sinn.

**German Eyer** (Linksallianz) zielt in die gleiche Richtung. Das Nein zum Tourismusgesetz ist ein klares Zeichen gegen «Raclette-Reisli» gewesen. Das ist keine Tourismusförderung. Es braucht umgehend ein neues Gesetz und keine Zusatzkredite durch die Hintertür. Die ineffiziente Tourismusbürokratie kann man nicht unterstützen. **Anne Christine Bagnoud** (Linksallianz) will darüber auch in der Budgetdebatte entscheiden. Man muss auch die Wirkung abklären. Es braucht eine langfristige Lösung und keine

«Pflasterlilösungen». 2010 stimmt man zu, 2011 nicht. Für **Jean-Marie Schmid** (CVPO) ist das Geschäft einfach. Wallis Tourismus braucht mehr Geld. Finanziert wird es über den Wirtschaftsfonds. Die Lage ist ja allen bekannt, da ja im Parlament alle (Tourismus-)Profis sind. Die Zahlen über den Walliser Tourismus für den letzten Winter sind alarmierend und im kommenden Sommer wird es nicht besser. Statt streiten soll man Massnahmen ergreifen. Sonst wird 2011 die Rechnung präsentiert.

## Kämpferischer Staatsrat Cina

Kommissionspräsidentin **Marie-Noëlle Massy-Mittaz** (CVPU) betont, dass die Vorlage den Kriterien entspricht. Man muss schnell agieren. Die Beträge werden nur für zwei Jahre gesprochen. Der Präsident der Finanzkommission, **David Théodoluz** (CVPU), betont, dass es mehr Geld braucht. 2010 und 2011 muss man aber trennen. Für dieses Jahr ist es ein Nachtragskredit. Man will den Tourismus nicht abstrafen, spricht sich für den Kredit für 2010 aus. Für 2011 braucht es nachhaltige Vorschläge und dann die Budgetdebatte.

Staatsrat **Jean-Michel Cina** gibt sich kämpferisch wie eh und je im Tourismus. Er spricht von einem Déjà-vu. In sechs Monaten lässt sich eben keine komplette Lösung finden, wie es mit dem Walliser Tourismus weitergehen soll. Man weiss nicht einmal, welche Strukturen der Tourismus erhält. Die Notwendigkeit der Kredite ist unumstritten. Der Fremdenverkehr ist am stärksten von der Krise betroffen. Man muss auch ein Zeichen an die Betroffenen setzen und Vertrauen in Wallis Tourismus haben. Wenn man keine Werbung macht, stirbt man. Der Tourismusgipfel soll bis spätestens im September stattfinden.

Mit 87 Ja, 36 Nein und einer Enthaltung hat man für Eintreten gestimmt. Die Lesung wird am Freitag stattfinden. Dann gibts wohl Geld für 2010 – und über 2011 streitet man im Dezember anlässlich der Budgetdebatte weiter. **hbi**

## NFA unter Dach

hbi) Das Gesetz über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und die Aufgabenteilung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden ist unter Dach.

Der Grosse Rat beschloss schon im Mai mit 103 zu 21 Stimmen Eintreten. Bis 2012 will das Wallis die neue Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden und die Neuregelung des interkommunalen Finanzausgleichs in die Tat umsetzen. Die erste Lesung gestern geht rasch. Die SP-Linksallianz kritisiert zwar erneut, dass wichtige Fragen ausgeklammert bleiben. Wichtige Themen wie etwa die Territorialreform, werden leider ausgeschlossen. Dem Gesetz stimmt man dennoch zu.

Kommissionspräsident **Pascal Bridy** ist zufrieden. Es bleibt aber noch viel zu tun, beispielsweise mehr als 250 Aufgaben zu entflechten und Rücksicht auf 143 Gemeinden zu nehmen. Das ist dann im dritten Satz zu klären.

Staatsrat **Maurice Tornay** hält zufrieden fest, dass man nun klare Ziele im Gesetz formuliert hat. Es ist auch gelungen, für die Neutralität zwischen dem Kanton und den Gemeinden, aber auch der Gemeinden zum Kanton, zu sorgen. Die Regierung will die Entflechtung der Aufgaben nicht bremsen. Tornay verspricht ein rasches Handeln und auch ein modernes Gesetz beim interkommunalen Finanzausgleich.

Die Abstimmung ergibt ein klares Ergebnis. Mit 116 Ja (ohne Gegenstimmen und Enthaltungen) wird das Gesetz angenommen. Auf Antrag des Kommissionspräsidenten spricht man sich für einen Verzicht einer zweiten Lesung aus.

# Nein zum Konkordat – Ja zu einem neuen Gesetz

## Grosser Rat will Reformen beim Stipendienwesen

**S i t t e n . – Das Parlament sagt Nein zur interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsdarlehen. Das Parlament tritt aber auf das neue Gesetz über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen ein.**

Die interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsdarlehen (Stipendienkonkordat) ist eine Vereinbarung zwischen den Kantonen. Das Ziel ist eine Harmonisierung der 26 Kantonsverfassungen für die Vergabe von Ausbildungsbeiträgen.

**Marcelle Monnet-Terrettaz** (Linksallianz) spricht sich klar für die Vorlage aus. Das bringt Chancengleichheit. Für **Ralph Imstepf** (CVPO) stellt sich die Notwendigkeit einer Harmonisierung nicht. Die Ausbildungszulagen sollen steigen, die Darlehen sinken. Zinslose Darlehen haben aber verschiedene Vorteile. Es kommen mehr Studenten in den Genuss von Ausbildungshilfen. Arbeiter müssen mit Steuergeldern Studenten finanzieren. Studenten sind nach Abschluss der Ausbildung imstande, ihre Darlehen zurückzahlen. Wer ein gerechtes Subventionswesen will, muss dagegen sein. **Marianne Maret** (CVPU) spricht sich ebenfalls gegen die Vorlage aus. Sie führt die gleichen Argumente an. Die Vereinbarung passt nicht in das Walliser System. Die Vorlage bringt Mehrausgaben. **Anne Luyet** (SVPU) spricht sich ebenfalls gegen die Vorlage aus. **Bernhard Frabetti** (SVPO) spricht sich wegen der Mehr-

kosten gegen die Vorlage aus. Auch er kritisiert die Verschiebung von Darlehen hin zu Stipendien. Das heutige System ist sinnvoll und so macht es keinen Sinn, es durch ein teureres zu ersetzen. **Xavier Moret** (FDP-Liberale) verteidigt die Harmonisierung. Das Studium wird erleichtert. Das Wallis ist bereits heute am Ende des interkantonalen Vergleichs, was die Stipendien betrifft.

**Urban Furrer** (CSPO) erinnert daran, dass heute grosse Unterschiede bestehen. Die Vorlage bringt eine merkliche Verbesserung. Es werden Minima vorgelegt. Die CSPO ist geteilter Meinung. Kommissionspräsidentin **Véronique Maret** verteidigt die Vorlage nochmals. Es braucht zehn Kantone für das Konkordat. Es wird also zustande kommen. Es ist besser, wenn das Wallis mitmacht, dann kann man mitentscheiden. Ein Nein wäre negativ für die Jugend.



Staatsrat Claude Roch: Überrascht über die Argumente der Gegner.  
Foto wb

# 20 Millionen für die Grundbuchämter

## 8 Mio. für die Landwirtschaftliche Schule

**S i t t e n . – In die Landwirtschaftliche Schule in Châteauneuf werden neun Millionen Franken investiert. Die Grundbuchämter sollen für 20 Millionen Franken modernisiert werden.**

Grossratspräsident Jean-François Copt erinnerte gestern zu Beginn daran, dass um 16.00 Uhr die Schweiz gegen Spanien spielt. Die Redner und Rednerinnen sollen sich also möglichst kurz halten, damit man die Fussballfans im Parlament nicht verärgert. Aufgrund der Disziplin und der kurzen Voten scheinen im Walliser Parlament nur Fussballfans zu sitzen...

**Klaus Russi** (CSPO) zieht seine Parlamentarische Initiative für eine Abänderung des Gesetzes über die amtliche Vermessung und Geoinformation zurück. Natürlich nicht wegen des Fussballspiels, sondern weil die Revision des Gesetzes im Rahmen des NFA II erfolgen soll.

Das Parlament will einen Verpflichtungskredit zur Modernisierung der Grundbuchämter, zur Einführung des informatisierten eidgenössischen Grundbuches und für die Einrichtung eines Grundstückinformationssystems gewähren. Dem Staatsrat wird ein Verpflichtungskredit über 20 Millionen Franken freigegeben, um die Grundbuchämter zu modernisieren, das eidgenössische Grundbuch einzuführen und zu informatisieren sowie ein Grundstückinformationssystem zur Verfü-

gung zu stellen. Wichtigste Elemente sind die zusätzlichen personellen Ressourcen, die mit einer Million Franken jährlich zu Buche stehen werden. In der Eintretensdebatte sprechen sich alle Fraktionen für Eintreten aus. Die erste Lesung wird am Freitag stattfinden.

Unbestritten ist auch der Verpflichtungskredit für die Landwirtschaftliche Schule in Châteauneuf. Alle im Rat sind sich einig, dass Handlungsbedarf besteht. Im März hat das Parlament bereits einen Rahmenkredit in der Höhe von 24,5 Millionen Franken für die Sanierung und den Umbau der Gebäude der Dienststelle für Landwirtschaft an den Standorten Châteauneuf, Visp und Leytron gesprochen. Als erster Schritt soll nun das Gebäude der Landwirtschaftlichen Schule in Châteauneuf saniert werden. Der Verpflichtungskredit beträgt 8,6 Millionen Franken. Mit 82 Ja und ohne Neinstimmen oder Enthaltungen wurde die Vorlage angenommen. Es geht darum, nur die wichtigsten und dringlichsten Arbeiten auszuführen, merkt Staatsrat

**Cina** an. Dazu gehört auch, dass die Schülerinnen und Schüler nun nicht mehr rostiges Wasser trinken müssen, wie Kommissionspräsident **Stefan Andenmatten** (CSPO) bilanziert.

Rund eine halbe Million Franken will man noch in diesem Jahr in die Landwirtschaftliche Schule Visp investieren, und zwar in den Käsekeller... **hbi**

# Hanfbauer Bernard Rappaz hungert jetzt im Spital

Um den Walliser Häftling im Hungerstreik hat sich eine Grundsatzdebatte entzündet

DENISE LACHAT, Lausanne

**Wegen seines schlechten Gesundheitszustands ist der hungerstreikende Bernard Rappaz in das Genfer Unispital verlegt worden. Wird ihn die Walliser Regierung dort tatsächlich sterben lassen?**

«Sein Blutdruck ist sehr tief», sagt Anwalt Aba Nemann über den Gesundheitszustand seines Klienten Bernard Rappaz. Der Walliser Hanfbauer, den die Justiz wegen schweren Verstosses gegen das Betäubungsmittelgesetz zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und acht Monaten verurteilt hat, liegt nun im Genfer Unispital. Er trat sofort wieder in den Hungerstreik, nachdem ihn die Walliser SP-Regierungsrätin Esther Waeber-Kalbermatten nach einem Haftunterbruch am 21. Mai erneut hatte einsperren lassen.

Da Rappaz während seines Haftunterbruchs in den Westschweizer Medien triumphiert hatte, er habe mit dem Hungerstreik sein Ziel erreicht, machte Waeber Druck: Falls Rappaz sich zu Tode hungern wolle, obwohl er damit Frau und Kind hinterlasse, werde sie ihn sterben lassen. Anwalt Nemanns erneutes Gesuch auf Haftunterbruch hat Waeber Ende letzter Woche als «gegenstandslos» zurückgewiesen, da Rappaz ja sterben wolle.

**AKZENTE VERSCHOBEN.** Der 57-jährige Rappaz liefert sich mit den Walliser Behörden schon seit Jahren ein Katz-und-Maus-Spiel. Bereits 2002 wurde ihm ein Haftunterbruch gewährt, nachdem er 71 Tage lang das Essen verweigert hatte.

Trotzdem ist das Powerplay von Regierungsrätin Waeber gewagt: Zwar gilt in der Schweiz gemäss den Richtlinien der Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW), dass der ausdrückliche Wille eines urteilsfähigen Häftlings respektiert werden muss. Falls jemand, wie dies auf Bernard Rappaz zutrifft, schriftliche Weisungen erlassen hat, dass er eine medikamentöse Intervention auch dann ablehnt, wenn er das Bewusstsein verliert, machen sich weder der Arzt noch die politischen Behörden strafbar, sagt Jean-Pierre Restellini. Der Genfer präsidiert den Ausschuss, der die SAMW-Richtlinien erlassen hat, und er kennt sich als Mitglied des Europarats auch mit den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg aus.

Früher hätten die europäischen Richter die Norm, dass kein Häftling im Strafvollzug sterben darf, höher bewertet als den Patientenwillen. Seit rund zehn Jahren verschiebe sich der Akzent aber. Wenn jemand seinen Körper dazu benutze, um Druck auf die Behörden auszuüben, sei die Verpflichtung des Staates nicht absolut, so Restellini. Dasselbe gelte auch für den Arzt, der sich nicht an einer gewaltsamen Zwangsernährung beteiligen dürfe. Die entsprechende «Declaration on Hunger Strikers» wurde 2006 vom Weltärztebund aufgrund der vermehrten Anwendung von Zwangsernährung im US-Gefängnis Guantánamo sogar noch verschärft.

Diese Haltung teilt auch Amnesty International (AI) Schweiz, wie deren

Sprecherin Denise Graf sagt. AI verlangt aber, in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Europäischen Folterkomitees, die Intervention des Gefängnisarztes, wenn das Leben des Häftlings in Gefahr sei. Rappaz müsse vom Arzt kontinuierlich überwacht und immer wieder auf die Risiken seines Verhaltens hingewiesen werden.

**DIALOG.** Rappaz mag im Wallis noch so polarisieren – vor einem toten Hungerstreikenden graust es allen. «Aus ethischer Sicht ist es unmöglich, ihn sterben zu lassen», sagt Michel Rothen von der Welschwalliser CVP. Der Präsident der tonangebenden Partei im Kanton plädiert für eine gemischte Kommission, in der neben Waeber und einem Departementsjuristen auch der Arzt, der Gefängnisdirektor, ein Mitglied der parlamentarischen Justizkommission sowie eine von Rappaz bezeichnete, ihm nahestehende Person einsitzen. Letztere müsste in Rappaz' Namen sprechen, falls dieser das Bewusstsein verliere. Zunächst aber müsse mit Rappaz nochmals der Dialog geführt werden, so Rothen.

Diese Ansicht vertritt auch Restellini, der bei seinen Gefängnisbesuchen für den Europarat häufig mit Hungerstreikenden konfrontiert war. Meist könne der Arzt in einem Gespräch mit dem Häftling ein Arrangement finden, um das Schlimmste zu verhindern. Denn ein hungerstreikender Häftling wolle selten wirklich sterben: «Er sucht ja keinen Ausweg aus einem unheilbaren Leiden. Er hungert aus Protest.»



**Ausgemergelt.** Während seines Haftunterbruchs Ende Mai triumphierte Bernard Rappaz noch – jetzt liegt er im Genfer Unispital. Foto Keystone

Zentrale Bedeutung kommt der Frage zu, ob Rappaz tatsächlich urteilsfähig ist. Christian Schwarzenegger vom Rechtswissenschaftlichen Institut der Universität Zürich sagt, dass bei Hungerstreiks im Strafvollzug der für den Vollzug Verantwortliche im Falle einer klar erkennbaren Urteilsunfähigkeit des Sterbewilligen eine Zwangsernährung anordnen müsse. «Tut er das nicht, wird er wegen vorsätzlicher Tötung durch Unterlassung bestraft.» Nach Ablauf der ersten Hungerstreikphase ist nach Ansicht von Schwarzenegger die Urteilsfä-

higkeit zu verneinen – und eine Zwangsernährung deshalb angezeigt.

Für eine Abklärung von Rappaz' Urteilsfähigkeit plädiert auch der Walliser SP-Chef Jean-Henri Dumont: Rappaz habe vor der Einlieferung ins Gefängnis seine Richtlinien möglicherweise unter Stress verfasst, deshalb sei die Aussage der SP-Regierungsrätin «politisch unglücklich». Dass sie ihm klargemacht habe, dass er seine Strafe verbissen müsse, hätte gereicht. «Mit jedem Hungerstreik zieht sich seine Strafe in die Länge.»

**Bernard Rappaz - Der inhaftierte Hanfbauer ist bereit zu sterben.**

## Hanf-Gandhi oder Krimineller?

Wer ist Bernard Rappaz? Der Walliser Staatsanwalt beschrieb ihn während des Prozesses als geldgierigen Hanfproduzenten und grössten Drogenhändler der Schweiz. Für seine Fans und Freunde ist er ein idealistischer Hanf-Gandhi, den sie mit Solidaritätsfasten unterstützen. Ist er ein gewöhnlicher Krimineller, wie die SVP schreibt, oder ein Märtyrer für die Cannabislegalisierung, gar ein politischer Gefangener, wie er sich selbst darstellt?

Vor vier Jahren ist Bernard Rappaz von einem Walliser Gericht zu fünf Jahren und acht Monaten Gefängnis unbedingte verurteilt worden. Vorgeworfen wurde ihm die Produktion von fünfzig Tonnen Hanf in den Jahren 1996 bis 2001, als eine Cannabislegalisierung in Reichweite war und selbst die bürgerlichen Parteien bereit schienen, die Gesetze den Realitäten anzupassen. Die Strafe angetreten hat Rappaz im März dieses Jahres. Er trat sofort in den Hungerstreik.

Anfang Mai, nach fünfzig Tagen Hungerstreik, setzte die zuständige SP-Regierungsrätin Esther Waeber-Kalbermatten die Strafe vorübergehend aus, damit der geschwächte Rappaz sich zu Hause erholen könne. Rappaz nutzte die Freiheit für Kontakte mit den Medien, die Bürgerlichen fielen über die Regierungsrätin her, und sie schwor entnervt, wenn Rappaz wirklich sterben wolle, werde man seinen Willen respektieren. Die Polizei holte Rappaz früher als geplant ab und verlegte ihn in ein anderes Gefängnis, wo er seinen zweiten Hungerstreik begann. Letzte Woche wurde er ins Genfer Kantonsspital überführt, wo er weiterhungert.

Schon immer aktiv

Der 57-jährige Bernard Rappaz mit seiner langen weissen Mähne ist ein rotes Tuch für das konservative Wallis. In einem Begnadigungsgesuch an den Grossen Rat beschreibt er, wie er die Behörden schon in den siebziger Jahren gegen sich aufgebracht habe, als er das erste Windrad und die ersten Sonnenkollektoren des Kantons bei sich installierte. Als Aktivist engagierte er sich gegen die Ausdehnung der Militärzone im französischen Larzac, gegen den Schnellen Brüter von Creys-Malville bei Genf, gegen Stauwerke und Autobahnen im Wallis für die Sache der Walliser Bauern, für Bioproduktion und die Produktion von Hanf, dessen Potenzial für zahlreiche Produkte und im medizinischen Bereich völlig unterschätzt werde.

Rappaz sieht sich als modernen Farinet, der wie der legendäre Walliser Falschmünzer und Freiheitsheld allein gegen alle kämpft, weil «ihre Gerechtigkeit nichts taugt», wie der Schriftsteller Charles Ferdinand Ramuz in seinem Roman über Farinet schrieb. Rappaz ist der Ansicht, das Urteil sei viel zu hart, man habe ihm einen Denkkzettel verabreichen wollen. Eine Ansicht, die sein Rechtsanwalt Aba Neeman teilt: «Oft müssen selbst Mörder weniger lang ins Gefängnis.»

Ein Gesuch für eine Revision des Prozesses wurde abgelehnt, heute liegt Rappaz' Begnadigungsgesuch auf dem Tisch des Walliser Parlaments. Doch wird es nicht wie vorgesehen im Juni, sondern erst im Herbst behandelt.

Den Hungerstreik respektieren?

Anwalt Neeman, der Rappaz am Dienstag im Spital besuchte, ist äusserst besorgt über den Gesundheitszustand seines Klienten. Er hat ihm geraten, den Hungerstreik abubrechen. Der Anwalt verlangt mit aller Dringlichkeit eine erneute Aussetzung der Strafe. Auch die Ärzte seien besorgt und wüssten nicht, ob sie Rappaz' Hungerstreik respektieren oder ihn zwangsernähren müssten. Laut Neeman dürfe man diesen schwierigen Entscheid nicht den Ärzten überlassen. «Die Ärzte können den freien Willen eines Patienten respektieren, aber Rappaz ist im Moment kein freier Mensch.» Deshalb liege die Verantwortung bei der Walliser Regierung. «Mein Klient will nicht sterben, ist aber wenn nötig dazu bereit. Das ist ein grosser Unterschied.» Helen Brügger

# Un renouveau pour Borzuat

**SIERRE ► Le Grand Conseil a donné hier son feu vert à la construction d'une nouvelle école primaire et d'une salle de gym.**

**JEAN-YVES GABBUD**

Le Grand Conseil a accepté hier à l'unanimité, par 85 voix, l'octroi d'une subvention de 2,5 millions de francs pour la construction de la nouvelle école primaire de Borzuat, à Sierre. Le coût total de ce bâtiment est devisé à 12,7 millions.

## Bâtiments anciens

Le site de Borzuat accueille actuellement 436 élèves, dont 159 germanophones, dans plusieurs bâtiments dont certains ont plus d'un siècle d'existence. C'est le cas de l'école allemande qui a été construite en 1908-1909. Elle sera détruite, tout comme les pavillons provisoires voisins. L'Ancien Greffe, construit en 1920, a une valeur patrimoniale. Il sera donc conservé, tout comme le bâtiment des Sœurs, mais les deux édifices ne seront plus utilisés à des fins scolaires. Par contre, la Barre, construite dans les années 1940-1948, ainsi que la salle de gymnastique attenante, qui date elle de 1974, seront maintenues. Elles devront être rénovées ultérieurement.

## Nouvelle construction

Cet ensemble architectural sera complété par une nouvelle construction, prévue sur deux étages. Elle prendra place directement à côté de la salle de gymnastique actuelle. D'ailleurs, le nouveau bâtiment dis-



Le Grand Conseil a approuvé hier le crédit pour la construction d'une nouvelle école primaire à Borzuat. LE NOUVELLISTE

posera également d'une salle de gym en sous-sol, associée à l'ancienne.

Comme le volume de cette salle est de 36% supérieur à celui admis ordinairement, une partie du bâtiment, représentant un coût de 1 million de francs sur un total de 3,3 millions, ne sera pas subvention-

née par le canton. Cette nouvelle construction comprendra neuf salles de classe, trois salles pour les activités créatrices manuelles, deux salles d'appui et quatre espaces pour les travaux de groupe, ainsi qu'une salle des maîtres.

Si le groupe UDC, à l'instar de tous les autres, a accepté le

crédit demandé, la députée sierroise Nadine Reichen n'en a pas moins déploré le fait que la commune de Sierre ne dispose pas d'un plan global pour ses écoles et ses salles de sport. Un manque formellement contesté par le président François Genoud, présent hier à la tribune du Parlement cantonal.

# Plus de bourses... peut-être

**JEAN-YVES GABBUD**

Les étudiants valaisans pourraient, finalement, obtenir plus de bourses que de prêts à l'avenir. La décision définitive n'est pas tombée, mais un premier pas dans ce sens a été franchi hier lors de la première lecture de la loi sur les allocations de formation.

Le Grand Conseil a accepté par 80 voix contre 40 et 3 abstentions un article mentionnant que pour la formation tertiaire «la bourse doit représenter les deux tiers au moins de l'allocation», contre une moyenne de 50% actuellement.

**Influence sur les choix.** La majorité du Parlement a suivi l'argumentation de la commission de l'éducation. Celle-ci, par la voix de sa présidente Véronique Maret, estime que les prêts influencent, en les restreignant, les choix de formation, tout en accentuant les inégalités sociales.

Les démocrates-chrétiens du Haut et du Bas, ainsi que l'UDC, se sont opposés à ce changement. L'Alliance de gauche, le PLR, les jaunes et le PDC du Centre l'ont accepté. Toutefois, cette loi fera l'objet d'une seconde lecture. Les noirs ont d'ores et déjà promis de revenir à la charge, estimant que les prêts présentent l'avantage de fournir le même effet pour les étudiants tout en coûtant très peu à la collectivité.

**Importante nouveauté.** La loi adoptée hier en première lecture apporte une autre nouveauté importante. Désormais, les élèves fréquentant l'école obligatoire pourront obtenir une bourse s'ils sont scolarisés dans une autre région linguistique que la leur ou s'ils fréquentent une structure sports-art-formation.

# 9,5 millions dans la Dranse

**PASCAL GUEx**

109 voix pour; aucune contre et une seule abstention issue des rangs de l'UDC: le projet de sécurisation des berges de la Dranse sur le territoire des communes de Vollèges et de Sembrancher a fait un tabac hier devant le Parlement. Il est vrai que ces travaux reconnus d'utilité publique répondent à une réelle nécessité de protéger personnes et biens. Le libéral-radical Laurent Bircher a ainsi rappelé hier que les intempéries de 2000 avaient provoqué pour plus de 2 millions de francs de dégâts sur ce seul secteur. Or, le plat de Sembrancher a connu un développement spectaculaire depuis ces tristes événements. Élu du PDC du Bas et également régional de l'étape, Daniel Emonet a ainsi révélé que le nombre de personnes travaillant dans cette zone exposée a passé de 50 à 250 en moins de dix ans.

Seul Albert Pitteloud a tenté d'apporter un bémol à cette vague porteuse. Décidément définitivement fâché avec tout projet d'élargissement des cours d'eau, le député de l'UDC a tenu à mettre en garde les communes concernées contre les risques que ferait courir cette solution sur les capacités de charriage de matériaux de la Dranse. «Vous ne pourrez pas dire que je ne vous avais pas averti», s'est exclamé le chanteur de l'approfondissement des rivières et fleuves de ce canton. Pas de quoi insuffler le moindre doute dans l'esprit des députés qui ont donc apporté un soutien quasi unanime à un projet qui avait tout de même suscité 5 oppositions. Jacques Melly a cependant pu rassurer le Parlement sur ces barrages. «Ils étaient liés à la suppression d'un pont qui donne accès à des propriétés privées. Mais pratiquement toutes ces oppositions ont pu être levées.»

Les travaux devraient donc pouvoir débuter prochainement sur trois tronçons: celui de Merdenson-Contoz situé en



9,5 millions de francs vont être investis pour sécuriser et domestiquer la Dranse sur 5 kilomètres entre le Merdenson et les Trappistes.

LE NOUVELLISTE

amont; celui des Moulins au centre et celui des Trappistes sis en aval. C'est sur ce dernier tronçon qui couvre le plan de Sembrancher entre le chef-lieu d'Entremont et le tunnel des Trappistes que sera investi l'essentiel des 9,5 millions de francs que va coûter cette opération de sécurisation. Ces travaux incombent aux communes de Vollèges et de Sembrancher. Mais c'est bien sûr le canton qui assumera la plus grande partie de la facture, puisque l'État du Valais va pouvoir contribuer à la réalisation de ce projet à hauteur de 80%. Soit une participation de 7,6 millions, incluant les subventions fédérales, le solde étant mis à la charge des communes.

Le message du gouvernement précise bien que le devis inclut un montant de deux millions et demi de francs pour la gestion des matériaux à extraire pour élargir la Dranse. Les expropriations nécessaires à la réalisation de ce chantier concernent environ 17 000 m<sup>2</sup> en zone agricole et 16 000 m<sup>2</sup> en zone artisanale.

**REGISTRE FONCIER****20 millions en dix ans  
pour moderniser**

Aucun député ne s'est opposé à l'entrée en matière sur un crédit d'engagement destiné à faire sortir le registre foncier valaisan «du Moyen Age». Si le Parlement confirme son soutien ce matin, notre canton pourra ainsi dépenser 20 millions de francs ces dix prochaines années pour favoriser «*la modernisation du registre foncier, l'introduction informatisée du registre foncier fédéral et la mise en place d'un système d'information du territoire*». Le Valais est ainsi en passe de gommer «*un retard qui n'est plus acceptable*», pour reprendre les propos du conseiller d'Etat Jean-Michel Cina.

Mais l'unanimité qui s'est finalement dégagée mercredi matin à l'heure de l'entrée en matière n'a pas empêché un débat nourri autour de cet objet. Jean Rossier (PDC du Centre) s'est ainsi demandé ce qu'étaient devenus les 2,3 millions de francs votés par le Parlement en 2004 pour ce même objet tandis que Narcisse Crettenand (PLR) a dénoncé les cafouillages de ce service. Avant de regretter qu'aucun représentant des communes n'ait été invité à rejoindre le comité de pilotage. Le PLR défendra d'ailleurs aujourd'hui un amendement réclamant la création d'une commission de contrôle appelée à faire l'état des lieux tous les ans devant le Grand Conseil.

**ACHAT DE TERRAINS LE LONG DU RHÔNE  
C'est oui, sans réserve...**

L'Etat du Valais va pouvoir investir 2,4 millions de francs dans l'acquisition – à l'amiable – de terrains pouvant servir à la réalisation du projet de la 3e correction du Rhône, dans la région particulièrement exposée de Viège. Par 108 voix pour et seulement 13 contre (tous les élus de l'UDC + un Noir du Haut), le Parlement a donné hier le feu vert définitif à cette deuxième étape d'achat qui va nécessiter un investissement global de 16 millions de francs. Le solde étant couvert par la Confédération (pour 74% de la facture totale) ainsi que par les communes et des tiers (11%). Comme promis par le conseiller d'Etat Jacques Melly, cette deuxième étape ne pourra pas servir à acquérir des terres agricoles.

**ÉCOLE SUISSE DE TOURISME****Morte et enterrée**

Cette fois, la page est bien tournée. Le Parlement a en effet définitivement enterré l'Ecole suisse de tourisme (EST) hier, en acceptant à l'unanimité le projet de loi abrogeant la législation sur cet établissement qui avait ouvert ses portes à l'automne 1982. C'est également à l'unanimité que les députés ont décidé de sceller le sort de l'EST en une seule lecture. Il est vrai que cette législation n'avait plus sa raison d'être, comme l'a souligné le PDC du Centre. Issue de l'EST, la filière bachelor en tourisme – également localisée à Sierre – a en effet assuré la transition en intégrant le dispositif de formation de la HES-SO. Avec succès, comme tend à le prouver l'augmentation de ses effectifs. Choisi par 94 étudiants lors de son ouverture en 2007, cet enseignement bachelor est aujourd'hui suivi par 294 jeunes. La preuve pour Marcelle Monnet Terrettaz (Alliance de gauche) que l'acte législatif nécessaire d'hier ne signifie pas la mort d'une école, «*mais la transformation d'une chenille en papillon*».

**DÉCHARGE DES ENSEIGNANTS****L'inégalité va perdurer**

Pas question de mettre fin à des différences de pratiques au sein du personnel enseignant. Par 64 non contre 25 oui, le Grand Conseil a en effet écarté un postulat de Graziella Walker Salzmann (chrétienne-sociale du Haut) qui exigeait que le Conseil d'Etat mette fin à une inégalité de traitement. «*Depuis avril 2008, le personnel enseignant des écoles primaires, des cycles d'orientation et des écoles secondaires du 2e degré peut être déchargé de trois heures à partir de 58 ans révolus. Or dans la pratique, cette mesure est appliquée très diversement.*» L'élue jaune s'est ainsi émue de constater que le personnel enseignant des écoles professionnelles bénéficie d'une décharge de trois heures durant quatre ans à partir de 58 ans tandis que cet allègement n'est que de deux heures pendant deux ans et seulement à partir de 60 ans au niveau secondaire. Mais son plaidoyer n'a donc convaincu ni le conseiller d'Etat Claude Roch ni la plupart de ses collègues.

**LOI SUR LA MENSURATION****Initiative retirée**

Notre canton ne vas pas modifier la loi sur la mensuration officielle et l'information géographique. Pas dans l'immédiat en tout cas. Le député Klaus Russi (chrétien-social du Haut) a en effet accepté de retirer une initiative parlementaire destinée à débattre d'une telle opportunité. En attendant le 2e paquet RPT.

# Stipendien sollen erhöht werden

Das Walliser Parlament stimmt dem Gesetz über Stipendien und Ausbildungsdarlehen in der ersten Lesung zu

## Aus dem Walliser Grossen Rat

**Sitten.** – Das neue Gesetz über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen hat die Hürde der ersten Lesung genommen. Einzig die CVPO wehrte sich gegen eine Ausweitung der Stipendien.

Zu Beginn des dritten Sessionsstages ist nochmals Fussball Trumpf. Grossratspräsident **Jean-François Copt** entpuppt sich als profunder Fussballkenner. Seine Feststellung, dass die beiden Walliser die Schweizer Matchwinner gegen Spanien waren, ist völlig richtig. Grichtig, so Copt, war der überragende Chef der Abwehr gewesen. Und Fernandes hat das entscheidende Tor geschossen, «obwohl er da war, wo er eigentlich nicht hätte sein sollen...» Aber auch das Walliser Parlament hat grossen Anteil am historischen Sieg. Es hat Gelson Fernandes schliesslich vor ein paar Jahren zu einem Schweizer gemacht...

Freude kam beim Parlament auch in der Mittagspause auf. Traditionsgemäss lud der zweite Vizepräsident, derzeit der Natischer Felix Ruppen, zum Apéro.

## Mehr Stipendien, weniger Darlehen

Dazwischen wurde aber auch gearbeitet. In der ersten Lesung hat sich der Rat mit dem Gesetz über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen befasst. Wenn die finanziellen Verhält-



Staatsrat Claude Roch (links) leistete gestern Morgen Schwerarbeit. Immerhin scheint das Gesetz über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen auf gutem Weg.

Foto wb

nisse eines Studierenden nicht ausreichend sind, werden durch den Staat Beiträge gewährt. Das ist immer öfter der Fall. So kletterten die Ausbildungsbeihilfen im Wallis 2009 auf 21,7 Millionen, davon 14 Millionen in Form von Stipendien und 7,7 Millionen als Darlehen. Zwischen 1990 und 2009 stiegen die Ausbildungsbeihilfen im Wallis um 48 Prozent an. Der Durchschnittsbetrag für die Stipendien beläuft sich im Kanton Wallis auf 3810 Franken pro Jahr und Stipendi-

at. Die Mehrzahl der Kantone gewährt ein durchschnittliches Stipendium zwischen 5000 und 6000 Franken pro Stipendiat, der Schweizer Durchschnitt liegt bei 5510 Franken. Nur in den Kantonen Wallis, Freiburg und Neuenburg liegt der durchschnittliche Betrag eines Stipendiums unter 4000 Franken. Ein Stipendiat im Wallis ist somit klar im Nachteil gegenüber den meisten Stipendiaten der anderen Kantone.

Der Durchschnittsbetrag für

die Ausbildungsdarlehen pro Einwohner und Jahr beläuft sich im Kanton Wallis auf 27 Franken. Auf Gesamtschweizer Ebene beträgt dieser Betrag nur 3.50 Franken. Dieser eklatante Unterschied erklärt sich dadurch, dass in den meisten Schweizer Kantonen Darlehen nur als Ergänzung in schwierigen Situationen und für besondere Fälle gezahlt werden, während im Kanton Wallis die Darlehen Teil der Ausbildungsbeihilfe sind. Das Wallis unterscheidet sich hinsichtlich des sehr hohen Anteils an Ausbildungsdarlehen am Gesamtbetrag der Beihilfen (hälftig Stipendien und Darlehen) deutlich von den anderen Kantonen. Das soll im neuen Gesetz verbessert werden. Künf-

tig sollen zwei Drittel in Form von Stipendien ausgerichtet werden.

Es geht beim Gesetz aber nicht nur um Studierende an den Hochschulen. Ausbildungsbeiträge können auch gewährt werden für den Besuch einer Klasse der Sekundarstufe I in einer anderen Sprachregion oder in einer Sport-Kunst-Ausbildungsstruktur, die Berufslernlehre, die gymnasiale Ausbildung oder die tertiäre Ausbildung.

## Widerstand der CVPO

**Ralf Imstefp** (CVPO) erinnert erneut daran, dass man mehr auf rückzahlbare Darlehen denn auf Stipendien setzen soll. Er verlangt ein Verhältnis 50 zu 50. Mit dem Verhältnis zwei Drittel zu einem Drittel legt man sich ein sehr enges Korsett. **Maria Oester Ammann** (CSPO) wehrt sich dagegen und spricht von einer Rückkehr zum geltenden Gesetz. Auch Staatsrat **Claude Roch** betont, dass mit den Vorschlägen der CVPO nichts anderes passiert, als dass man das alte Gesetz behält. Mit 80 Ja zu 41 Nein sprach man sich klar für den Kommissionsvorschlag und gegen die CVPO aus. Diese zog danach den Antrag, Ausbildungshilfen nur bis 30 Jahre zu gewähren, zurück. **Alexander Allenbach** (CSPO) wollte hier gar auf 45 Jahre erhöhen. Der Vorschlag (35 Jahre) soll nun von der zweiten Kommission nochmals diskutiert werden.

Die CVPO lehnt das Gesetz in der Gesamtabstimmung ab. Die CVPU enthält sich der Stimme. Kommissionspräsidentin **Véronique Maret** (Linksallianz) verteidigt das Gesetz. Es ist ein modernes Gesetz zugunsten der jungen Menschen im Wallis. Investitionen in die Bildung sind nie ein Verlustgeschäft. Mit 79 Ja, 17 Nein und 23 Enthaltungen wurde das Gesetz in der ersten Lesung angenommen. **hbi**

## Wie leere Schulhäuser nutzen?

Postulate und Interpellationen zum Schulwesen

**Joachim Rausis** (CVPU) fordert

anz) macht sich in einer Inter-

Studentinnen, Studenten bzw.

# 13 Millionen für die Erdverlegung

Der Grosse Rat will die 65-kV-Hochspannungsleitung zwischen Brig und Visp in den Boden verlegen

## Aus dem Walliser Grossen Rat

**S i t t e n.** – Das Parlament tritt auf einen Kredit für eine Erdverlegung der Hochspannungsleitung zwischen Brig und Visp ein. Heute folgt die Lesung.

Die Arbeiten für die prioritären Massnahmen (PM) im Raum Visp laufen seit Januar 2009. In diesem Jahr wird nun der Abflussquerschnitt verbreitert und mit dem daraus anfallenden Material der neue Rhonedamm in Baltschieder gebaut. Damit die für die Sicherung des prioritären Abschnitts notwendigen Verbreiterungen der Rhone zwischen der Mündung der Gamsa und den Lonzawerken vorgenommen werden können, muss die 65-kV-Hochspannungsleitung, welche derzeit direkt am nördlichen Dammfuss der Rhone liegt, verlegt werden. Ursprünglich war geplant, dies mittels Freileitung am Nordhang zu bewerkstelligen. Dafür waren Kosten von vier Millionen Franken geplant. Angesichts zahlreicher Einsprachen hat sich der Staatsrat für eine Erdverlegung auf einer Länge von etwa fünf Kilometern ausgesprochen. Die Umsetzung dieser Arbeiten ist ab dem Herbst 2010 geplant. Zurzeit erfolgen die Einigungsgespräche mit dem BAFU bezüglich der Wahl des Kabelquerschnittes und der daraus resultierenden finanziellen Beteiligung des Bundes. Im Verpflichtungskredit, welcher vom Grossen Rat am 8. Februar 2007 genehmigt worden ist, waren insgesamt 7,3 Millionen Franken für Werkleitungsverlegungen geplant. Die zusätzlichen Kosten für diese Erdverlegung werden auf 13,6 Millionen Franken geschätzt. Die verbleibenden Kosten zu lasten des Kantons betragen, angesichts der erwarteten Beiträge von Gemeinden und Dritten, 16 Prozent von 13,6 Millionen Franken, also 2,1 Millionen Franken.



Das Parlament trat gestern auf eine Erdverlegung der 65-kV-Leitung zwischen Brig und Visp ein.

Foto wb

## Präjudiz für weitere Erdverlegungen?

**Georges Schnydrig** (CSPO) legt die Gründe dar. Das Tal ist hier eng und die Lebensqualität wird durch die Hochspannungsleitung geschmälert. Die Frage bleibt, ob das der Startschuss für weitere Erdverlegungen sein wird. **Willy Giroud** (FDP-Liberale) spricht sich für die Erdverlegung aus. Der Zeitplan ist sehr eng. Er will auch wissen, warum neben der Erdverlegung bereits Mehrkosten von 20 Millionen anfallen sollen. **Reinhold Schnyder** (Linksallianz) erachtet die Erdverlegung als sinnvoll auch aus Gründen des Gesundheits- und Umweltschutzes. Auch andere Erdverlegungen sollen ernsthaft geprüft werden. Er fragt, ob der Staatsrat auch andere Leitungen erdverlegen will. Für **Jérôme**

**Butt** (CVPU) hat man keine Wahl. **Alwin Steiner** (CVPO) merkt an, dass auf diesem Abschnitt eine Erdverlegung auch technisch relativ einfach machbar ist. Auch **Yves Bornet** (CVPM) findet es richtig, dass man die Leitung in die Erde verlegt. Kommissionspräsident **Jean-Didier Roch** (CVPU) merkt an, dass man sich in der Kommission trotz des engen Zeitplans intensiv mit dem Projekt auseinandersetze. Die Arbeiten müssen im Winter ausgeführt werden. Ohne Entscheidung hätte man die Ausführung wohl um ein Jahr verschieben müssen. Für Staatsrat **Jacques Melly** gibt es gute Gründe für eine Zustimmung. Umwelt ist ein wichtiges Argument. Generell zu Erdverlegungen will er sich nicht äussern. Es gab aber auf diesem Abschnitt lange Diskussionen mit den Einspre-

chern. Eintreten wird von niemandem bestritten. Wegen Abänderungsvorschlägen findet die Lesung erst heute statt.

## Ja zum gütlichen Bodenkauf für R3

Der Beschluss zum gütlichen Landerwerb für die dritte Rhonekorrektur geht durch. **Albert Pitteloud** (SVPU) ist weiterhin unzufrieden. Er plädiert erneut für einen Variantenvergleich. Der Verpflichtungskredit von 16 Millionen Franken wird mit 108 Ja zu 13 Nein klar angenommen. Der Kredit darf bis zur Genehmigung des Generellen Projekts, welches den Landbedarf und die für das Projekt notwendigen landwirtschaftlichen Flächen festlegt, nur für den Erwerb von Immobilien und Grundstücken ausserhalb der Landwirtschaftszone benutzt werden. **hbi**

## A9 wird nicht etappiert

Staatsrat Melly kontert die Baumeister

**In den Diskussionen über die Rechnung des Baudepartementes kommt es zu mehreren Wortmeldungen.**

Die gute Rechnung wurde von niemandem bestritten. Man wünscht sich aber mehr Investitionen. So wurde rund ein Viertel der geplanten Investitionen nicht ausgeführt.

**Georges Schnydrig** (CSPO) wollte wissen, wie die Regierung zur von den Baumeistern geforderten Etappierung der A9 steht. Staatsrat **Jacques Melly** betont, dass man am Zeitplan festhält und auch die Arbeiten so weit als möglich im Wallis vergeben will. Ende Juni hat man die 230 Millionen Franken für 2010 bereits verbaut. Man werde in den nächsten Jahren zwischen 300 und 350 Millionen Franken jährlich verbauen, aber sicher nicht eine halbe Milliarde Franken pro Jahr. Bei so grossen Baustellen wie der A9 oder dem R3-Projekt kann es zu Verzögerungen kommen.

**Melly** merkt an, dass mit der geplanten Schliessung des Gotthards noch mehr Schwerverkehr ins Wallis kommen wird. Es braucht also eine Bahnlösung am Simplon, wie er auf eine Frage von **Gilbert Truffer** (Linksallianz) antwortet. Die fehlende Beschilderung der Umfahrungsstrasse Brigerbad-Baltschieder begründet Melly damit, dass man nur so viel Verkehr wie nötig über die Entlastungsstrasse lenken will.

## Mehr Geld

**für die Wanderwege** **Stefan Zurbriggen** (CVPO) stef sich, dass man grundsätzlich für die Motion über die Erhöhung der Gemeindegeldsubventionen für die Fuss- und Wanderwege ist. Er versteht jedoch nicht, warum man sie verschieben will. Er fordert, den Subventionssatz für Wan-

derwege von heute 10 bis 40 Prozent (im Schnitt werden 23 Prozent mitfinanziert) auf 40 bis 60 Prozent zu erhöhen. Der Staatsrat hat der Motion zugestimmt. Unter Berücksichtigung des aktuellen Verfahrens zur Revision des Gesetzes über die Fuss- und Wanderwege hinsichtlich der Schaffung eines allgemeineren Gesetzes über den Langsamverkehr schlägt Melly vor, die Behandlung dieser Motion zu verschieben und die Analyse dieser Thematik in den globalen Kontext der laufenden Gesetzesrevision einfließen zu lassen, zu welcher der Grosse Rat noch Stellung nehmen wird. Zurbriggen ist nicht befriedigt. Er verlangt eine Abstimmung im internationalen Jahr des Wanderns. Denn es geht um mehrere Projekte im ganzen Wallis. Mit 78 Ja, 34 Nein und 4 Enthaltungen wird die Motion angenommen.

## 7,6 Millionen für die Dranse

Die Dranse soll zwischen Vollèges und Sembrancher ausgebaut werden. Alle Fraktionen stimmen dem Projekt zu, mit 109 Ja, bei einer Enthaltung. Die Ausbaustudie der Dranse auf diesem fast fünf Kilometer langen Teilstück wurde nach dem Hochwasser von 2000 vorgenommen.

Das Projekt geht von Kosten von 9,5 Millionen Franken aus. Der gesamte vorgeschlagene kantonale Subventionsansatz beläuft sich auf 80 Prozent. Der Kanton leistet somit für die Subventionierung dieser Arbeiten einen Gesamtbeitrag von 7,6 Millionen Franken. Die Restkosten zulasten von Vollèges und Sembrancher betragen 1,9 Millionen Franken. In Berücksichtigung der technischen Zwänge und der verfügbaren kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Finanzen werden die Bauarbeiten etwa fünf Jahre dauern. **hbi**

# A9 wird nicht etappiert

*Staatsrat Melly kontert die Baumeister*

**In den Diskussionen über die Rechnung des Baudepartementes kommt es zu mehreren Wortmeldungen.**

Die gute Rechnung wurde von niemandem bestritten. Man wünscht sich aber mehr Investitionen. So wurde rund ein Viertel der geplanten Investitionen nicht ausgeführt.

**Georges Schnydrig** (CSPO) wollte wissen, wie die Regierung zur von den Baumeistern geforderten Etappierung der A9 steht. Staatsrat **Jacques Melly** betont, dass man am Zeitplan festhält und auch die Arbeiten so weit als möglich im Wallis vergeben will. Ende Juni hat man die 230 Millionen Franken für 2010 bereits verbaut. Man werde in den nächsten Jahren zwischen 300 und 350 Millionen Franken jährlich verbauen, aber sicher nicht eine halbe Milliarde Franken pro Jahr. Bei so grossen Baustellen wie der A9 oder dem R3-Projekt kann es zu Verzögerungen kommen.

**Melly** merkt an, dass mit der geplanten Schliessung des Gotthards noch mehr Schwerverkehr ins Wallis kommen wird. Es braucht also eine Bahnlösung am Simplon, wie er auf eine Frage von **Gilbert Truffer** (Linksallianz) antwortet. Die fehlende Beschilderung der Umfahrungsstrasse Brigerbad-Baltschieder begründet Melly damit, dass man nur so viel Verkehr wie nötig über die Entlastungsstrasse lenken will.

## Mehr Geld

**für die Wanderwege**  
**Stefan Zurbriggen** (CVPO) freut sich, dass man grundsätzlich für die Motion über die Erhöhung der Gemeindegeldsubventionen für die Fuss- und Wanderwege ist. Er versteht jedoch nicht, warum man sie verschieben will. Er fordert, den Subventionssatz für Wan-

derwege von heute 10 bis 40 Prozent (im Schnitt werden 23 Prozent mitfinanziert) auf 40 bis 60 Prozent zu erhöhen. Der Staatsrat hat der Motion zugestimmt. Unter Berücksichtigung des aktuellen Verfahrens zur Revision des Gesetzes über die Fuss- und Wanderwege hinsichtlich der Schaffung eines allgemeineren Gesetzes über den Langsamverkehr schlägt Melly vor, die Behandlung dieser Motion zu verschieben und die Analyse dieser Thematik in den globalen Kontext der laufenden Gesetzesrevision einfließen zu lassen, zu welcher der Grosse Rat noch Stellung nehmen wird. Zurbriggen ist nicht befriedigt. Er verlangt eine Abstimmung im internationalen Jahr des Wanderns. Denn es geht um mehrere Projekte im ganzen Wallis. Mit 78 Ja, 34 Nein und 4 Enthaltungen wird die Motion angenommen.

## 7,6 Millionen für die Dranse

Die Dranse soll zwischen Vollèges und Sembrancher ausgebaut werden. Alle Fraktionen stimmen dem Projekt zu, mit 109 Ja, bei einer Enthaltung. Die Ausbaustudie der Dranse auf diesem fast fünf Kilometer langen Teilstück wurde nach dem Hochwasser von 2000 vorgenommen.

Das Projekt geht von Kosten von 9,5 Millionen Franken aus. Der gesamte vorgeschlagene kantonale Subventionsansatz beläuft sich auf 80 Prozent. Der Kanton leistet somit für die Subventionierung dieser Arbeiten einen Gesamtbeitrag von 7,6 Millionen Franken. Die Restkosten zulasten von Vollèges und Sembrancher betragen 1,9 Millionen Franken. In Berücksichtigung der technischen Zwänge und der verfügbaren kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Finanzen werden die Bauarbeiten etwa fünf Jahre dauern.

**hbi**

# Wie leere Schulhäuser nutzen?

## Postulate und Interpellationen zum Schulwesen

**Joachim Rausis** (CVPU) fordert eine bessere Kontrolle betreffend Zweckentfremdung von Schulhäusern. Werden staatlich subventionierte Gebäude vor Ablauf einer Frist von 40 Jahren schulfremden Zwecken zugeführt, sind die Kantonsbeiträge zu je 2,5 Prozent pro Jahr bis zum Ablauf der vorgenannten Frist zurückzuerstatten. Vorbehalten bleiben Fälle, bei denen nicht die Gemeinde für die Zweckentfremdung verantwortlich ist. Mit dem Postulat fordert man den Staatsrat auf, seine Aufmerksamkeit zu Beginn jedes Schuljahres auch auf die effektive Nutzung der Schulräumlichkeiten zu richten und die gesetzlichen Bestimmungen wenn immer nötig anzuwenden, handle es sich nun um ein einziges Zimmer, um mehrere Räume oder um ein ganzes Gebäude.

Der Staatsrat soll die Situationen erfassen, in denen der entsprechende Gesetzesartikel angewendet wurde oder noch anzuwenden ist, und diese Liste alljährlich der thematischen Kommission EBKS zu unterbreiten. **Alexander Allenbach** (CSPO) bekämpft die Vorlage. Mit diesem Problem sind vor allem kleinere Gemeinden immer öfter konfrontiert. Sie haben nicht die Mittel. Und es macht Sinn, die Gebäude für eine Nutzung zur Verfügung zu stellen. Er fordert eine Streichung des Rückzahlungsartikels und einen Rückzug des Postulats. Mit 49 Ja und 25 Nein wird es jedoch angenommen. Die CSPO will nun ihrerseits ein Postulat einreichen.

**Wird der Start der neuen OS verschoben?**  
**Raymond Borgeat** (Linksallianz)

anz) macht sich in einer Interpellation Sorgen wegen der neuen Orientierungsschule. Wird die neue Orientierungsschule wirklich auf den Schulbeginn 2011/2012 in Kraft treten? Er zweifelt daran, ob es reicht. Hat es genügend Klassenzimmer? Staatsrat Claude Roch antwortet, dass es einige Zweifel und Unsicherheiten gibt und der Start vielleicht um ein Jahr verschoben wird. Auch beim Lektionenquotienten gibt es noch Unsicherheiten. Die neue OS kann in bestimmten Gemeinden auch dazu führen, dass man mehr Schulzimmer braucht. Das liegt aber in der Verantwortlichkeit der Gemeinden. Der Kanton gibt nur Anreize.

**Markus Truffer** (CVPO) will in einer Interpellation wissen, wie der Sexualkundeunterricht an den Walliser Schulen künftig aufgegleist wird. Eine umfassende Sexualerziehung ist notwendiger denn je. Staatsrat Roch betont, dass derzeit alles in der Vernehmlassung ist. Die Sexualkunde wird aber im Lehrplan 21 integriert sein, verspricht Roch.

### Massnahmen gegen den Pflegenotstand

**Benno Meichtry** (CVPO) fasst sich in einem Postulat mit dem Personal-Notstand im Pflegebereich. Er fordert, das Werbekonzept für die Rekrutierung von Studentinnen und Studenten und Lernenden zu überarbeiten, zu verbessern und nötigenfalls dessen Budget aufzustocken. Unter anderem braucht es Werbekampagnen, die über die Berufsberatung und OS-Schulen laufen. Es braucht eine erhöhte Anzahl an

Studentinnen, Studenten bzw. Lernenden an den Pflegeschulen im Wallis. Die berufsbegleitende Ausbildung, insbesondere die Verbesserung der finanziellen Situation (Lohn/Stipendien), ist zu fördern. Die finanziellen Ausbildungsbedingungen für Quereinsteiger sind zu verbessern. Dies durch grosszügige Abgabe von Stipendien oder durch die Erhöhung des Lehrlingslohnes, etwa für Fachangestellte Gesundheit. Diese Gruppe stellt eine grosse Ressource dar. Für Fachfrauen und Fachmänner Gesundheit (FaGe) sind umsetzbare Optionen zu schaffen, welche ihnen die Erlangung einer Diplomausbildung ermöglichen. Das Postulat wird nicht bekämpft.

**Maria Oester-Ammann** (CSPO) fordert in einem Postulat eine bessere Entschädigung für Stellvertretungen im Schuldienst. Sie fordert den Staatsrat auf, die Stellvertretungsentuschädigungen anzupassen, damit qualifizierte Lehrpersonen, welche wichtige Schuldienste übernehmen, auch angemessen entschädigt werden und die Qualität des Unterrichts nicht leidet. Das Postulat wird nicht bekämpft.

**René Constantin** (FDP-Liberale) will eine bessere Förderung des Unterrichts in Walliser Geschichte. An den Walliser Schulen (vor allem auf Sekundarstufe I und II) sollen die nötigen Lehrmittel zur Verfügung gestellt werden. Man will, dass die Möglichkeit zur Herausgabe eines Werkes oder einer Studie über die Geschichte des Kantons geprüft wird. **hbi**

bildungsdarlehen am Gesamtbetrag der Beihilfen (hälftig Stipendien und Darlehen) deutlich von den anderen Kantonen. Das soll im neuen Gesetz verbessert werden. Kün-

Investitionen in die Bildung sind nie ein Verlustgeschäft. Mit 79 Ja, 17 Nein und 23 Enthaltungen wurde das Gesetz in der ersten Lesung angenommen. **hbi**

## Schule und Gesetz aufgehoben

### Schweizerische Tourismusfachschule in Siders

Die vom Bund anerkannte Schweizerische Tourismusfachschule (STF) wurde auf der Grundlage des Gesetzes vom 10. November 1982 gegründet und im selben Jahr eröffnet. 1995 führte der Bund die Fachhochschulen (FH) ein, um die Berufslehren aufzuwerten. Diese wurden neben den Universitäten und ETHs zum neuen Bestandteil der Schweizerischen Hochschullandschaft.

Der aus der STF hervorgegangene Bachelorstudiengang Tourismus in Siders gehört heute zur HES-SO. Es ist der einzige Studiengang in Tourismus der Westschweiz und der einzige zweisprachige Studiengang (Deutsch-Französisch) dieser Art in der Schweiz. Dank dieser privilegierten Stellung und der Spezifität des Studieninhalts – alpiner Destinationstourismus, beruhend auf KMU und der Innovation im Tourismus – verfügt er über ein grosses Einzugsgebiet, das über die Kantonsgrenzen hinausreicht. Der Bachelorstudiengang Tourismus verfügt deshalb über besonders vorteilhafte Bedingungen, welche seinen Fortbestand im Wallis sicherstellen, wodurch die Entwicklung des kantonalen Sektors gefördert wird. Gegenwärtig besuchen 294 Stu-

dierende die Vorlesungen des Bachelorstudiengangs Tourismus in Siders. Rund 50 Prozent sind laut Staatsrat **Claude Roch** Walliser. Die Schule ist ein grosser Erfolg. Die Kosten der Schule steigen allerdings um knapp einen Drittel. Teils wird das durch Beiträge anderer Kantone ausgeglichen.

Die Tourismusfachschule gibt es nicht mehr, also kann auch das Gesetz aufgehoben werden. Mit 86 Ja (ohne Gegenstimme) wurde das entsprechende Gesetz abgeschafft. Mit dem gleichen Ergebnis sprach man sich für nur eine Lesung aus.

### Schule Borzuat wird saniert

Die Gebäude des Schulkomplexes von Borzuat in Siders werden gegenwärtig von 436, davon 159 Deutsch sprechenden Schülern benutzt: 69 Schüler im Kindergarten und 367 Schüler in Primarklassen. Der Kostenvoranschlag der Architekten für die Sanierung beläuft sich auf 12 Millionen Franken. Der Ausbau wird auf Basis des Betrages von 8,3 Millionen Franken subventioniert. Der Kantonsbeitrag beläuft sich also auf 2,5 Millionen Franken. Das Projekt wird einstimmig unterstützt. **hbi**

**MONOPOLE DES LETTRES****Le Valais pour le maintien**

Le PDC du Haut et le groupe chrétien-social haut-valaisan ont chacun déposé une résolution urgente par lesquelles ils demandent que le Valais intervienne au Parlement fédéral en faveur du maintien du monopole postal des lettres jusqu'à 50 grammes. Sans ce monopole, estiment les noirs, il y aura moins de trafic et donc une pression supplémentaire pour réduire le nombre d'offices postaux, et ceci au détriment des régions périphériques comme le Valais.

Le Grand Conseil, en accord avec le Conseil d'Etat, a adopté ces résolutions par 100 voix contre 12 (des voix libérales-radicales) et 6 abstentions.

**PROCEUREURS****Dix-neuf nominations**

Le Grand Conseil a élu hier dix-sept procureurs et deux substituts. Les députés ont suivi la proposition de la Commission de justice et ont élu, tacitement, au rang de procureurs: Martin Arnold, Rinaldo Arnold, Liliane Bruttin Mottier, Patrick Burkhalter, Jean-Nicolas Délez, Géraldine Gianadda, Jean-Pierre Gretter, Fabienne Jelk, Dominique Lovey, Philippe Medico, Emmanuelle Raboud, Marzel Ritz, Patrick Schriber, Catherine Seppey, Alexandre Sudan, Olivier Vergères et Marie-Line Voirol Revaz. Les deux substituts sont Mathieu Dorsaz et Frédéric Gisler.

**VÉHICULES AUTOMOBILES****Un impôt plus juste**

Actuellement, celui qui immatricule son véhicule le 25 du mois paie l'impôt pour le mois entier. Idem lors du dépôt des plaques. Le groupe PDC du Centre, par Vincent Rebstein, a demandé que les contribuables ne paient qu'en fonction du temps de réelle utilisation. Cette motion a été acceptée. Il en résultera un manque à gagner d'un demi-million pour la caisse de l'Etat.

**AUTOROUTE A9****Achevée en 2019**

«*Nous avons un tableau de marche et nous nous y tenons*», a annoncé le conseiller d'Etat Jacques Melly à propos de la construction de l'autoroute A9 dans le Haut-Valais, tout en précisant qu'elle «*sera terminée en 2019*». Le chef du Département des transports a également assuré qu'il mettait tout en œuvre pour que le maximum de travaux restent en mains valaisannes. Pour cela, les travaux sont répartis en des lots pouvant être réalisés par des entreprises valaisannes.

**LEX KOLLER****Les dossiers en attente diminuent**

Le nombre de dossiers de vente de résidences secondaires à des étrangers en attente à cause de la Lex Koller diminue fortement en Valais, a déclaré hier le conseiller d'Etat Jean-Michel Cina. De 1429 actes en attente au début 2008, on est passé à 908 au 31 mai 2010. JYG

**COMPTES 2009 DU DECS****Satisfecit du Parlement**

Les comptes 2009 du Département de l'éducation, de la culture et du sport (DECS) étaient bons. Et ils ont logiquement été commentés avec bienveillance par les divers groupes. A l'image du PDC du Haut qui a adressé louanges et remerciements au chef du département, Claude Roch. Marcelle Monnet-Terrettaz (AdG) a tout de même profité du débat de jeudi pour déplorer des effectifs insuffisants dans les services du DECS: «*Le controlling des comptes souffre par exemple de ce manque.*» Les chrétiens-sociaux du Haut, eux aussi, ont mis en garde le DECS contre un autre manque: celui des enseignants. Une pénurie souvent dénoncée par la députation haut-valaisanne mais qui n'a toujours pas été résolue. Or il y a urgence en la matière... PG

**SOUTIEN À VALAIS TOURISME**

## Le Parlement coupe la poire en deux

Valais Tourisme bénéficiera bien d'un coup de pouce financier supplémentaire de 2 millions de francs cette année pour mener à bien des opérations de communication et de marketing sur les marchés suisse, allemand, français et italien. Mais pas en 2011. A une écrasante majorité – 91 voix pour, 24 non et 7 abstentions – le Grand Conseil a en effet décidé hier de couper la poire en deux. Dans le sillage de la Commission des finances (COFI), les députés valaisans ont estimé la démarche un peu trop cavalière. «*La COFI ne conteste pas, sur la forme, les besoins et attentes de Valais Tourisme. Mais le gouvernement doit venir avec une solution pérenne lors du budget 2011.*» Et donc ne plus recourir à ces demandes de crédit supplémentaire pour tenter de contrer les effets de la crise économique et de renforcer le positionnement de notre canton sur des marchés de proximité prioritaires.

Après avoir prié le Grand Conseil de «*ne pas le faire souffrir une deuxième fois*», le conseiller d'Etat Jean-Michel Cina avait pourtant trouvé un allié de poids en la personne du député Jean-Marie Schmid (PDC du Haut). Celui-ci a rappelé que les temps étaient vraiment difficiles pour les milieux touristiques valaisans confrontés à un double handicap: celui de la crise économique et celui de la cherté du franc. Mais cet argumentaire n'a pas réussi à convaincre, notamment dans les rangs du PLR ou de l'UDC qui a ouvertement attaqué «*la bureaucratie*» de Valais Tourisme. Résultat: Jean-Michel Cina devra donc revenir avec une nouvelle proposition d'aide à cette campagne de promotion, mais dans le cadre du budget ordinaire 2011 cette fois. PG

**PÉTITION POUR LA RÉOUVERTURE DU DOSSIER LUCA MONGELLI**

## Les députés mettent la pression

**PASCAL GUEX**

«*Une cinquantaine de députés ont accepté de signer la pétition. C'est dire si l'affaire Luca suscite bien des interrogations.*» Jean-Luc Ad-dor (UDC) n'a pas regretté d'avoir sollicité le soutien de ses collègues. Par leur signature, ces parlementaires demandent au procureur général du canton du Valais «*qu'il ordonne la réouverture immédiate et sans condition du dossier Luca Mongelli*». Mais aussi que ce dossier soit confié à un nouveau magistrat expérimenté. Avec quelle chance d'aboutir? «*Cette démarche citoyenne n'a pas de force juridique contraignante. Seul un juge peut ordonner la réouverture d'un tel dossier sur la base d'éléments nouveaux. Et il y en a suffisamment dans ce cas.*» Et pour-

quoi avoir épousé cette cause? «*Je ne suis pas concerné professionnellement, ni membre de la Fondation Luca qui a lancé cette pétition. Mais je crois que la justice valaisanne a ici l'occasion de retrouver une certaine crédibilité.*»

L'élu de l'UDC se défend en tout cas de toute récupération politicienne, comme l'en accusent certains députés qui ont renoncé à signer la pétition. «*Cette action va au-delà de toute considération partisane. La preuve: des députés de tous bords ont signé ce texte. Il y a même des collègues d'outre-Raspille qui le soutiennent alors même que le Haut-Valais est moins sensible à cette affaire, lui qui connaît moins de problèmes avec ses juges d'instruction.*»

**LIGNE À HAUTE TENSION DANS LE HAUT-VALAIS**

## L'enterrement entériné

**Il est donc possible** d'enterrer des lignes à haute tension dans ce canton! Le Parlement a en tout cas donné hier son feu vert – par 115 oui contre 2 non et 2 abstentions – à un tel projet d'enfouissement entre Brigerbad et Viège, sur le territoire des communes de Brigue-Glis, Lalden et Viège. L'Etat du Valais va ainsi pouvoir participer à hauteur de 16% – ou 2,176 millions de francs si vous préférez – à des travaux devisés à 13,6 millions qui font partie intégrante du projet de 3e correction de Rhône.

Ces mesures qualifiées de prioritaires sont destinées à améliorer rapidement la sécurité contre les crues dans un secteur particulièrement menacé de la région viégeoise, qui englobe un domaine densément bâti situé entre Brigerbad et Baltschieder, mais

aussi et surtout le site chimique de la Lonza AG. Or cette opération ne peut être réalisée sans élargissement du fleuve, ni déplacement d'une ligne à haute tension à 65 kV. Cette dernière variante a induit des surcoûts pour un montant supplémentaire devisé à 13,6 millions de francs. Devraient ainsi passer à la caisse le canton (pour 16%); les communes et des tiers (pour 11% de l'investissement global, soit près de 1,5 million); mais aussi et surtout la Confédération. L'Office fédéral de l'environnement (OFEV) devrait ainsi prendre à sa charge la moitié des coûts totaux alors que le solde (3,12 millions) sera à mettre au compte de l'Office fédéral des routes (OFROU), «*en fonction principale-ment de la situation de danger de l'autoroute A9*». PG

# Stille Wahl mit leisen Nebengeräuschen

Das Walliser Parlament wählt erstmals 17 Staatsanwälte und zwei Substitute

Aus dem Walliser Grossen Rat

**S i t t e n.** – Das Parlament hat gestern 17 Staatsanwältinnen und -anwälte gewählt. 16 waren bereits vorher im Amt. Die Minderheiten akzeptieren die stille Wahl, kündigen aber für die Zukunft politische Interventionen an.

Mit dem Gesetz über die Rechtspflege vom 11. Februar 2009 wird ab 2011 für den gesamten Kanton eine in der Rechtsanwendung unabhängige Staatsanwaltschaft geschaffen. Die kantonale Staatsanwaltschaft besteht aus einem zentralen Amt mit Sitz in Sitten und drei regionalen Ämtern mit Sitz in Visp, Sitten und St-Maurice. Das zentrale Amt wird vom Generalstaatsanwalt, unterstützt von einem Generalstaatsanwalts-Stellvertreter, geleitet. Der Grosse Rat wählt den Generalstaatsanwalt, den Generalstaatsanwalts-Stellvertreter, die Oberstaatsanwälte, die Staatsanwälte, die Substitute und gegebenenfalls einen ausserordentlichen Staatsanwalt. Gestern waren die Staatsanwälte an der Reihe. Einziger neuer Staatsanwalt wird Olivier Vergères. Alle anderen waren bereits als Staatsanwalt oder Untersuchungsrichter tätig. Es sind dies Martin Arnold, Rinaldo Arnold, Liliane Bruttin Mottier, Patrick Burkhalter, Jean-Nicolas Délez, Geraldine Gianadda, Jean-Pierre Gretter, Fabienne Jelk, Dominique Lovey, Dominique Philippe Medico, Emmanuelle Raboud, Marzel Ritz, Patrick Schriber, Catherine Seppey, Alexandre Sudan, Olivier Vergères, Marie-Line Voirol Revaz und als Substitute Mathieu Dorsaz und Frédéric Gisler. Sie werden in stiller Wahl gewählt. In Zukunft werden die Staatsanwälte jeweils zu Beginn jeder Legislatur neu zu bestätigen sein.

**Rückzug des SVPO-Kandidaten**  
Kommissionspräsidentin **Anne-Marie Sauthier-Luyet** be-



Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten

Foto wb

tont, dass die Justizkommission ihren Auftrag gewissenhaft und unter Berücksichtigung der künftigen Herausforderungen für die Staatsanwaltschaft wahrgenommen hat. **Franz Ruppen** (SVPO) macht darauf aufmerksam, dass die Sprachen, Regionen und die Parteienstärke berücksichtigt werden müssen. Die SVP ist mit zwei Fraktionen im Walliser Parlament vertreten. Trotzdem verfügt die SVP über keinen einzigen Posten in der Justiz. Es ist erstaunlich, dass die JUKO sagt, dass die Parteienstärke keinen Einfluss auf die Wahl hat. Michael Graber hat sich für die Wahl zur Verfügung gestellt. Er hat einen guten Eindruck gemacht und war den anderen ebenbürtig. Ein zusätzlicher Oberwalliser Posten war aber nicht gerechtfertigt. Die JUKO hat leider nicht dafür gesorgt, dass das Gesetz durchgesetzt wird. Heimatschutz kann nicht Ziel einer solchen Wahl sein. Er zieht die Kandidatur von Graber zurück. Bei künftigen Vakanzen wird man wieder antreten.

Jean-Henri Dumont (Linksallianz) weist auf die Schwierigkeiten einer solchen Wahl hin. Es ist eine Herausforderung für das Parlament. Er lässt Zweifel aufkommen, ob die politische Angehörigkeit nicht zu stark berücksichtigt wird.

## Gute Noten für die Walliser Justiz

Der Bericht über die Rechtspflege wird zur Kenntnis genommen. Grundsätzlich, so der allgemeine Tenor, funktioniert die Walliser Justiz gut. Sie arbeitet günstiger als in den meisten anderen Kantonen und besser. Die Korrekturquote durch das Bundesgericht ist laut **Philipp Matthias Bregy** (CVPO), Vizepräsident der Justizkommission, tiefer als in vielen anderen Kantonen. Die meisten Fraktionen kritisieren, dass die Verfahren aber zu lange dauern. Das ist zum grossen Teil auf die (zu) dünnen Personaldeckungen zurückzuführen. Staatsrätin **Esther Waeber-Kalbermatten** ist erfreut über das allgemeine Lob für die Walliser Justiz.

Beim Bericht der Datenschutzkommission sind alle verwundert, dass man zwar eine Datenschutzbeauftragte hat, aber das Gesetz noch nicht in Kraft gesetzt worden ist. Staatsrat **Jean-Michel Cina** sagt, dass man dies mit Rücksicht auf die Gemeinden noch nicht gemacht hat. Er verspricht aber, dass es spätestens am 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt wird.

Der Rat nimmt Kenntnis über das Geschäftsjahr des GNW. Auch hier sind fast nur positive Voten an die Adresse des GNW zu hören. Staatsrat **Maurice Tornay** antwortet mit einem rund einstündigen Referat professionell auf alle Fragen der Abgeordneten.

Zur Kenntnis gebracht wird auch der Bericht über das Geschäftsjahr der Walliser Kantonalbank.

In der Schlussdebatte stimmt man der Kantonsrechnung 2009 mit 82 Ja zu. Um 18.21 Uhr geht der Rat (endlich) in die Sommerpause, mit einer mehr als einstündigen Verlängerung – und bei doch merklich gelichteten Reihen... **hbi**

## Dreimal klar Ja – und ein halbes Ja

hbi) Wallis Tourismus erhält für 2010 zusätzlich zwei Millionen Franken, um die Märkte in Deutschland, Frankreich und Italien zu bewerben. Der gleiche Betrag für 2011, den die Botschaft auch vorsah, wird in der Budgetberatung im Dezember behandelt. In der Lesung stimmen 91 dem Kredit für 2010 zu, 20 lehnen ihn ab, 13 enthalten sich. Staatsrat **Jean-Michel Cina** wirbt noch einmal für einen Kredit für beide Jahre. Er wird vehement, aber vergeblich unterstützt von **Jean-Marie Schmid** (CVPO).

Unbestritten ist der Zusatzkredit für die Erdverlegung der 65-kV-Hochspannungseitung (115 Ja, je zwei Enthaltungen und Ablehnungen) zwischen Brig und Visp. Die Mehrkosten belaufen sich dadurch auf 13 Millionen Franken, dem Kanton Wallis bleiben gut zwei Millionen Franken an Restkosten.

Das Parlament stimmt in der Lesung mit 114 Ja und ohne Gegenstimmen dem Verpflichtungskredit in der Höhe von 20 Millionen Franken zur Modernisierung der Grundbuchämter, zur Einführung des informatisierten eidgenössischen Grundbuches und für die Einrichtung eines Grundstückinformationssystems in der Lesung zu. Auf gutem Weg ist auch das neue Gesetz über das Personal des Staates. Der Weg hin zu einem modernen und dynamischen Personalmanagement verlangt nach einer Revision des gegenwärtigen Gesetzes betreffend das Dienstverhältnis der Beamten und Angestellten des Staates Wallis, des Beamtengesetzes von 1983.

Die Debatte in der ersten Lesung ist aber sehr lebhaft. Die Linksallianz brachte dabei vor allem gewerkschaftliche und Anträge zur Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern. Über mehrere Artikel wird einzeln abgestimmt, die Vorschläge der Kommission gehen immer durch. Die Mehrzahl der Fraktionen ist inhaltlich zufrieden. **Stéphanie Favre** (FDP-Liberale) bedauert, dass man die Dienstchefs mit dem Gesetz stärkt. Jean-Luc Addor (SVPU) kritisiert das ebenfalls. Und das Gesetz wird auch Mehrkosten bringen. In der ersten Lesung kam das Gesetz schliesslich mit 113 Ja (bei acht Enthaltungen) durch.

# Keine Passstelle im Oberwallis

Fragestunde und dringliche Intervention im Walliser Parlament

Ein leidiges Thema bleibt der Biometrische Pass. Mittlerweile beschäftigt dieses Thema auch diverse Politikerinnen und Politiker. **Stefan Zurbriggen** (CVPO) fragt an, ob es eine Regionalisierung, also eine Passstelle im Oberwallis, geben wird. Der Gang nach Sitten bedingt für viele Oberwalliserinnen und Oberwalliser einen grossen zeitlichen Aufwand. Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten betont, dass es Schwierigkeiten gibt. In dringenden Fällen findet die Dienststelle aber meistens eine Lösung. Das Ausweiszentrum wird vorläufig aber in Sitten konzentriert, so wie es der Staatsrat im Juni 2009 beschloss. Die Ausstellung der IDs wird in Zukunft wahrscheinlich in die Kompetenz der Kantone fallen. Dann müsse man sicher über eine Regionalisierung nachdenken. Das bringe aber auch zusätzliche Kosten.

**Was passiert mit dem Flugplatz Raron?**  
**Louis Ursprung** (SVPO) will

Angaben über die Zukunft des Flugplatzes Raron. Dieser ist Teil des Sachplans Infrastruktur (SIL). Raron will den Flugplatz aufheben. Die Gemeinde wird den Antrag an den Bund stellen. Der Bund wird laut Staatsrat Cina den Kanton Wallis konsultieren. Der Kanton wird dann dem Bund seine Position mitteilen. Das Verfahren dauert gemäss BAZL ein bis drei Jahre.

Die **Linksallianz** will wissen, welche Position die Regierung bei der im September zur Abstimmung kommenden Revision der Arbeitslosenkasse einnimmt. Cina erwähnt die Finanzierungsprobleme der Kasse. Der Staatsrat ist daran, die Auswirkungen der Revision abzuschätzen. Die Position wird man anschliessend fassen und bekannt geben.

**Diego Wellig** (CSPO) will Auskunft zur geplanten Preiserhöhung beim BLS-Autoverlad. Die letzte Preiserhöhung gabs Mitte der 90er-Jahre. 2004 wurden die Preise gar gesenkt. Die Preisgestaltung rich-

tet sich nach den Forderungen des Marktes. Die Regierung empfiehlt der BLS gemäss Staatsrat Melly Sparmöglichkeiten statt Preiserhöhungen zu prüfen.

Wie siehts mit dem Audit des GNW aus, fragt **Jean-Luc Addor** (SVPU). Man sucht noch ein neutrales Organ, sagt Staatsrat Tornay. Bis Ende Juni soll ein erster Vertrag stehen, bis Ende August das Mandat vergeben werden. Gemäss Tornay wird das Rauchverbot gut eingehalten. Es wurden 60 Kontrollen durchgeführt. Rund zehn Dossiers werden geprüft. Diese müssen mit Sanktionen rechnen.

## Briefmonopol nicht aufheben

Die CVPO und die CSPO machen sich in dringlichen Resolutionen Sorgen zur Aufhebung des Briefmonopols. Die eidgenössischen Räte behandeln das Thema im Herbst. Es wird hart auf hart gehen. Verlierer werden die Berggebiete sein. Eine

Liberalisierung macht keinen Sinn, bemerkt **Marcel Mangisch** (CVPO). Die Regierung muss dringend intervenieren. **Graziella Walker Salzmann** entwickelt für die CSPO ebenfalls eine Resolution zum gleichen Problem. Andere Kantone haben bereits ähnliche Resolutionen verabschiedet. Staatsrat Cina teilt die Bedenken. Man wird sich in Bern dafür einsetzen. Beide Resolutionen werden angenommen, einmal mit 100 Ja und zwölf Nein, einmal mit 99 Ja und 13 Nein...

Ein dringliches Postulat **aller Abgeordneten der Stadt Martinach** fordert ein Ende der Gewalt in der Stadt Martinach. Man fordert eine ausserparlamentarische Kommission. Diese soll die Situation analysieren und dringliche Massnahmen treffen. Fünf Personen sind nach der Schiesserei in Martinach in Untersuchungshaft. Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten sagt, dass seit wenigen Tagen bereits eine Arbeitsgruppe besteht.

**hbi**

## Tagesbesteuerung der Motorfahrzeugsteuer

hbi) Eine Motion von **Vincent Rebstein** (CVPM) will, dass künftig die Besteuerung der Motorfahrzeuge nicht mehr vom ersten Tag des Monats, an dem das Fahrzeug in Verkehr gesetzt wird, erhoben wird. Die Steuer ist ab dem Tag, an dem die Schilder hinterlegt oder abgeholt werden, fällig. Das ist in den meisten anderen Kantonen der Fall. Der Staatsrat will das Gesetz entsprechend abändern. Die finanziellen Auswirkungen einer solchen Änderung sind allerdings nicht unerheblich. Bei einem Übergang zur Tagesbesteuerung dürften die Einnahmen aus der Motorfahrzeugsteuer um rund eine halbe Million Franken pro Jahr zurückgehen. Die Anpassung der Informatik wird Kosten in der Höhe von rund 50000 Franken verursachen.



## «AFFAIRE» MAURER

### Les dernières vagues

La dénonciation du président de Sion par l'Inspection des finances (IF) a provoqué une dernière vague au Grand Conseil.

Pour le PLR, par cette dénonciation, effectuée avec un manque flagrant de preuve, selon le député René Constantin, l'IF a fait un excès de zèle.

Tel n'est pas l'avis du PDC. *«Dans l'affaire de la vente d'un terrain, propriété de la commune, l'Inspection cantonale des finances a relevé dans son rapport annuel que l'intervention du président de la ville de Sion ne pouvait que conduire à l'ouverture d'une instruction préliminaire et justifie de lui faire supporter les frais occasionnés. Ainsi, l'action des chefs de service et des conseillers démocrates-chrétiens, qui a conduit à l'annulation de la vente, a été correcte et responsable. Elle a permis aux contribuables de la ville de ne pas être lésés.»* L'affaire n'ira pas plus loin...

## HÔPITAL DU CHABLAIS

### Tout n'est pas acquis

Le groupe PDC du Centre s'est étonné de lire dans le rapport de gestion du Conseil d'Etat que l'hôpital Riviera-Chablais ouvrira ses portes en 2015 ou 2016. Marie-Noëlle Massy-Mittaz a rappelé que le Grand Conseil ne s'est pas encore prononcé sur la construction de cet hôpital.

## LOI SUR LE TOURISME

### La deuxième chance

Le conseiller d'Etat Jean-Michel Cina ne veut pas précipiter les choses pour modifier la loi sur le tourisme, après l'échec subi en votation populaire. *«Je suis persuadé que nous n'avons qu'une seule deuxième chance de bien faire»*, a-t-il expliqué aux députés, tout en précisant qu'il voulait continuer à soutenir le tourisme: *«Je suis le ténor du tourisme et je le resterai jusqu'à ce que mort s'ensuive.»*

## REGISTRE FONCIER

### «L'incurie» dénoncée

Le député PDC Pascal Bridy n'y est pas allé de main morte. Il a dénoncé *«l'incurie qui règne dans les registres fonciers»*, notamment dans celui de Sion où l'attente peut aller jusqu'à six à huit semaines. Le conseiller d'Etat Jean-Michel Cina a reconnu le problème. Un auxiliaire a été engagé pour six mois pour tenter d'enrayer le problème... Une analyse a également été lancée pour comprendre pourquoi cela ne fonctionne pas à Sion.

## LIGNE À HAUTE TENSION

### Un groupe s'oppose

Un groupe, appelé «haute tension, gr...!», est né sur Facebook pour dire son opposition à la ligne à haute tension que projette de construire Alpiq entre Chamon et Chippis. Parmi les 200 inscrites figurent des personnalités de tous horizons politiques, dont une douzaine de députés, dans un éventail qui va de Grégoire Dussex, le chef du groupe PDC du Centre, en passant par l'écologiste Marylène Volpi Fournier, à la libérale-radical Anne-Marie Sauthier, ainsi que plusieurs conseillers municipaux sédunois, la secrétaire générale du PDCVr Fabienne Luyet et même le fils du conseiller d'Etat Maurice Tornay, Simon Tornay.